

Beiträge zur Geschichte der
Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt

Heft 4

Historische Kommission
des SPD-Landesverbandes
Sachsen-Anhalt (Hrsg.)

**SPD-Geschichte in
Sachsen-Anhalt
Anfänge, Widerstand,
Neuaufbau**



**SPD-Geschichte in
Sachsen-Anhalt
Anfänge, Widerstand,
Neuaufbau**

Herausgeber:
Historische Kommission
des SPD-Landesverbandes
Sachsen-Anhalt

Inhalt

Dr. Rüdiger Fikentscher Vorwort	4
Andreas Hermann Chronik der Atzendorfer Sozialdemokratie von 1881 – 1918	6
Petra Grimm-Benne Hermann Kasten – Erster Bürgermeister der Stadt Staßfurt und Mitglied des Preußischen Landtages	18
Helmut Hartmann Der Sozialdemokrat Gerhard Seger (1895 – 1967) widerstand den Nazis	32
Dr. Andreas Schmidt Franz Peters stimmte gegen das „Ermächtigungsgesetz“	38
Bernd Biedermann Und plötzlich war alles anders Erinnerungen an eine stürmische (Wende)Zeit	41
Dr. Tilo Heuer Wie sich mit der Gründung des Ortsvereins Kötzschau mein Lebensweg veränderte	46
Dr. Reinhard Höppner Von den Anfängen der SPD in der DDR	50

Christian Hausmann und Stefan Zeitz Magdeburg in der Tradition sozialdemokratischer Oberbürgermeister.....	64
Dr. Rüdiger Fikentscher 100 Jahre Volkspark Halle.....	71
Die Liedtitel der Falken-Band „Zeit zum Aufstehen“ Adam-Wolfram-Preisträger 2006.....	76
Einiges aus unserer Statistik 31 Ortsvereinsvorsitzende seit 1989 in Halle.....	81
Landesdelegiertenkonferenzen der Jusos in Sachsen-Anhalt.....	83

V.i.S.d.P.:
SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt
Historische Kommission
Bürgerstraße 1
39104 Magdeburg
www.spd-sachsen-anhalt.de
Druck: Druckerei Gottschalk - Aken

Vorwort

Je mehr sich die Historische Kommission unseres Landesverbandes mit der Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt beschäftigt, desto Interessanteres und auch emotional Berührendes finden wir. Einiges davon wollen wir vor dem Vergessen bewahren, denn es kann uns helfen, in der Gegenwart feste Positionen einzunehmen, selbstbewusst aufzutreten und manchmal auch gelassener zu sein, wenn wir wissen, was unsere Partei in ihrer langen Geschichte alles geleistet und erlitten hat. Wer kann sich heute noch vorstellen, aus welch bescheidenen Anfängen unsere große Bewegung entstand, wie wir es ganz plastisch aus den Schilderungen des alten Bergarbeiters Andreas Hermann aus Atzendorf erfahren? Und wer vermag sich nach einem dreiviertel Jahrhundert noch vorzustellen, welch persönlichen Mutes es bedurfte, sich den Nazis offen entgegenzustellen und wieviel Leiden daraus erwachsen? Und so enthält dieses Heft vor den Schilderungen des Neuaufbaus ab 1989 die Würdigung des sozialdemokratischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Drei Beiträge berichten über Personen aus dieser Zeit: den von den Nazis ermordeten SPD-Bürgermeister Hermann Kasten aus Staßfurt und die beiden Reichstagsabgeordneten Gerhard Seger aus Dessau – ihm gelang Ende 1933 eine spektakuläre Flucht aus dem KZ Oranienburg, deren Schilderung in das berühmte Buch von Anna Seghers „Das siebte Kreuz“ eingegangen ist - sowie Hans Peters aus Halle, der im August 1933 an den Folgen der Haft verstorben ist.

Es muss immer wieder daran erinnert werden: Nach der so genannten Machtergreifung am 30. Januar 1933, als Hitler durch Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde, verstärkte sich der nationalsozialistische Terror. Diesem stand der Reichstag wenigstens formal noch im Wege. Durch das so genannte „Ermächtigungsgesetz“ sollte auch er völlig ausgeschaltet werden. Dieses Gesetz bestand aus fünf kurzen Artikeln. Die zwei wichtigsten Sätze darin lauten: „Reichsgesetze können außer in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden.“, und „Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen ...!“ Damit konnte die einmal ins

Amt gelangte Regierung, ohne je wieder das Volk und seine Vertreter fragen zu müssen, schalten und walten wie sie wollte. Und diesem Gesetz haben alle bürgerlichen Abgeordneten zugestimmt. Der Vorgang ist als das größte und folgenreichste Missverständnis der Demokratie in die Geschichte eingegangen, weil sie sich mit dieser Entscheidung selbst ausgeschaltet hat. Einzig alle 94 anwesenden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stimmten mit „nein“. Bereits am Tag zuvor hatte die SPD-Fraktion hart um diese Entscheidung gerungen. Dann war man sich einig. Einige der 26 abwesenden Abgeordneten waren - ebenso wie die meisten Kommunisten - bereits verhaftet worden. Darunter Gerhard Seger. Seinen Kampf gegen den Nationalsozialismus setzte er später mit großem persönlichem Einsatz vom Ausland aus fort. Auch darüber berichtet das Heft 4 unserer SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt.

Mein Dank gilt neben den Autoren besonders Oliver Lindner für die Erledigung der technisch-organisatorischen Arbeiten sowie dem SPD-Landesverband für die Übernahme der Herstellungskosten.

Rüdiger Fikentscher
Magdeburg, August 2008

Chronik der Atzendorfer Sozialdemokratie von 1881 – 1918

Aufgeschrieben im September 1932 von dem Bergmann Andreas Hermann (1854 – 1939), geboren und gestorben in Atzendorf

Überarbeitet von Rüdiger Fikentscher 2007

Vorspann

Die Chronik berichtet nicht nur über spannende Jahrzehnte, sondern hat selbst eine interessante Geschichte, weil sie seit 1933 verschiedenen Wechselfällen des politischen Lebens ausgesetzt war. Es handelt sich bei ihr um den für die Sozialdemokratie wesentlichsten Teil der Chronik des Ortes Atzendorf in Sachsen-Anhalt, die von dem damals 78-jährigen Andreas Hermann – natürlich handschriftlich – zu Papier gebracht, später wortgetreu mit Maschine abgeschrieben wurde. Dieser große Schatz des dortigen Ortsvereins ist es wert, einem größeren Leserkreis zugänglich gemacht zu werden, um uns in der heutigen Zeit deutlich werden zu lassen, aus welchen Anfängen und unter welchen einfachsten Bedingungen sich die Sozialdemokratie hervor gearbeitet hat.

Die Überarbeitung halte ich für vertretbar und notwendig, denn unser Genosse Hermann hat als alter Mann gewiss weder Kraft noch Möglichkeiten gehabt, seine Zeilen zu korrigieren und für spätere Leser zu überarbeiten. Wir sind es ihm schuldig, diese Arbeit für ihn zu übernehmen. Er schreibt:

Teil I

Im Jahre 1881 glaubte wohl keiner unserer Gegner in der Gemeinde, dass sich die Sozialdemokratie hier entwickeln könnte. Doch zum größten Erstaunen erhielt der Kandidat der Sozialdemokratie die ersten vier Stimmen, und zwar von den Bergarbeitern der Grube „Henriette“. Der „Anstifter“ dazu war der Bergmann August Ebert. Das allgemeine Erstaunen war groß, doch dies war erst der Anfang. Die Saat für die Sozialdemokratie ging allmählich auf. Bei der Wahl im Jahre 1887 waren es schon 25 Stimmen, die für unseren Kandidaten Günter Quedlinburg abgegeben wurden. Das war auch schon alles,

denn von Partei oder Politik sowie von Organisationen hatte von uns allen keiner eine Ahnung. Es gingen aber immer mehr von uns nach Neu-Staßfurt, „Agathe“ (dies war offenbar ein Versammlungsort der Sozialdemokraten in der Kreisstadt). 1889 gab es dann schon 87 Stimmen für den Schneidermeister Habermann in Magdeburg. Danach kam neues Leben in die Bewegung. Mehrere lasen bereits eine Arbeiterzeitung, und zwar die „Nürnberger Arbeiterzeitung“, wodurch eine ganz andere Anschauung über die Verhältnisse entstand. Ich hatte das Glück, das in Zürich gedruckte Parteiblatt der SPD, „Der Sozialdemokrat“, zu lesen zu bekommen. Das war in den 80er Jahren sehr schwer zu erhalten, denn es gab noch das Ausnahmegesetz. „Der Sozialdemokrat“ kam aus der Schweiz und war in feines seidenes Papier gehüllt. Durch dieses Blatt bekam ich erst eine Auffassung davon, was die Sozialdemokratie will und was sie nicht will. Die Blätter wurden heimlich verteilt, denn wer solche Schriften öffentlich verbreitete, bekam ohne weiteres die Ausweisung aus der Arbeit und musste binnen 24 Stunden seinen Wohnort und seine Familie verlassen. Das ist in Atzendorf nicht geschehen, aber in größeren Städten ging es schlimmer her. Dieses Gesetz ist nach dem Attentat von Noveling und Hödel 1878 am 1. Mai erlassen worden. Sie hatten in Berlin auf den alten Kaiser Wilhelm I. geschossen. Dieses Attentat ist so ausgelegt worden, als hätte die Sozialdemokratie die beiden zugeordnet. Doch stellte sich heraus, dass sie mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hatten. Aber das Gesetz war fertig und musste nun seine Schuldigkeit tun. Es wurden nun alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Sozialdemokratie zu vernichten. Viele Arbeiter-Genossen wurden ausgewiesen, teilweise wurde sogar auf den Kopf drei Mark Belohnung gesetzt. Es kam in größeren Fabriken vor, dass jemand verdächtigt wurde, verbotene Schriften in die Taschen gesteckt zu haben, und sofort wurde der Betreffende verhaftet und ausgewiesen. Von unserer Seite ist dieses Gesetz ein „Schandgesetz“ genannt worden. Doch es hat uns nicht vernichten können, sondern unsere Stimmen sind von Wahl zu Wahl gestiegen. In Atzendorf haben wir uns auch während der Zeit dieses Gesetzes recht kräftig entwickelt, wie die Wahl am 20.02.1890 zeigte. Wir unterstützten den im Kreis gut bekannten Genossen F. Beschke, der 303 Stimmen erhielt. Zunächst brachten wir das erste Hoch auf unseren Reichstagskandidaten August Hein aus Halberstadt aus, dann staunten wir über die Gesichter unserer Bauern, denn es

war für sie etwas ganz Neues festzustellen, woher die vielen Stimmen gekommen sind.

Seitdem entwickelte sich unser Häuflein zur großen Masse. Es kamen immer mehr junge Genossen dazu, außerdem viele, die im Geheimen arbeiteten (hier werden viele einzelne Personen aufgezählt: es waren Maler, Tischler, Schuhmacher darunter). Es kamen Genossen aus den Kohleschächten und aus verschiedenen Firmen. Einer ging immer freudig zur Wahl, begleitet von einem großen Chor der Firma und feuerte alle mit den Worten an: „Kinder, immer mit zur Wahl. Was unsere Väter sich 1848 erkämpft haben, wollen wir festhalten.“

1890 gab es viele Versammlungen in Staßfurt, Löderburg und Borne, die wir besuchten, wodurch wir viele Belehrungen und Erfahrungen sammelten. Bei uns hier im Ort war an eine Versammlung noch nicht zu denken. Doch wir wollten einen Bildungsverein gründen und waren schon 35 Personen, die sich dazu erklärten. Wir wendeten uns an den Genossen Beschke, der die Sache in die Hand nahm. Dieser meinte aber, es hätte keinen Zweck, einen Vergnügungsverein zu gründen. Es sollte besser ein politischer Verein sein. Uns war damals egal ob politisch oder Vergnügungsverein. Er sagte uns, dass wir dann polizeilich angemeldet werden müssten. Aber uns war es egal, die Hauptsache war, einem Verein anzugehören. Doch Beschke vertröstete uns immer wieder, sodass nichts daraus wurde. Das führte zu einer Spaltung in zwei Parteien. Die eine hielt zu Beschke, die andere war die Bergarbeiter-Partei, in der ich die Leitung übernahm. Wir gingen dann nach Löderburg und traten dem dortigen Bildungsverein bei. Das ging auch ohne Ferdinand Beschke ganz gut. Doch Herrn Wittenberg, dem Gastwirt, fiel auf, dass wir nach Löderburg gingen. Eines Sonntagmittags, als wir wieder dort hingehen wollten, fragte er mich. Ich sagte: „Es ist wirklich zu bedauern, dass wir übers Feld gehen müssen und unser Geld dort verzehren, wo die Versammlung stattfindet. Wie schön wäre es, wenn die 50 Mitglieder, die dem Bildungsverein angehören, hier ihre Versammlung abhalten könnten.“ Als er fragte, was der Arbeiterbildungsverein bezwecke, überreichte ich ihm sofort eine Mitgliedskarte mit Statut. Nachdem er das gelesen hatte, trat er ihm sofort bei, schrieb einen Brief an den Löderburger Vorstand mit der Bitte, die nächste Versammlung in seinem Lokal abzuhalten. Diese Botschaft löste bei den

Genossen in Löderburg eine große Freude aus, und bald fand die erste Versammlung bei Herrn Wittenberg statt, auf der der Genosse Trautwein sprach. Auch unser Herr Pastor Zollmann war anwesend. Beide Redner kamen sehr gut miteinander zurecht. Auf der nächsten Vereinsversammlung wurde beschlossen, dass jedes Mitglied die „Halberstädter Sonntagszeitung“ lesen müsse. Fünfundachtzig Mitglieder meldeten sich als Abonnenten und wählten einen Zeitungsboten. Es war der Invalide Christoph Drehkopf, mit dem alles sehr gut vonstatten ging, bis die Zeitung wieder eingestellt worden ist.

Im Juli 1890 besuchte ich eine Volksversammlung in Löderburg, bei der der Regierungsbaumeister A. Kessler aus Berlin sprach. Das sagte ich Herrn Wittenberg und der war der Meinung, dass ein Regierungsbaumeister ein gebildeter Mann sei, den er auch gern einmal sprechen hören wollte. Er wolle ihm auch Zeche und Logis unentgeltlich geben. Mir gelang es, mit Herrn Kessler darüber zu sprechen, der sofort zusagte. Doch unser Herr Amtsvorsteher wollte diese Versammlung nicht genehmigen und sprach mit Herrn Wittenberg darüber, dass er uns sein Lokal nicht geben sollte. Herr Wittenberg ließ sich darauf jedoch nicht ein. Die Versammlung wurde angemeldet, doch angeblich nicht vorschriftsmäßig, weil die Tagesordnung fehle, wodurch sie zunächst nicht genehmigt wurde. Am nächsten Tag wurde eine neue Versammlung mit Tagesordnung angemeldet, aber eine Bescheinigung gab es wieder nicht, weil der Herr Amtsvorsteher keine Zeit hatte. Ich ging abends hin, um sie zu holen, erfuhr aber, sie sei bereits nach Löderburg geschickt worden und die Versammlung finde nicht statt. Also ging ich abends nach Löderburg und begegnete unterwegs den Fabrikarbeitern aus Neu-Staßfurt. Sie waren erstaunt und beratschlagten, was zu tun sei. Berger schrieb einen Brief und gab mir das Gesetzbuch mit. Da solle sich der Herr Amtsvorsteher mal den Paragraphen durchlesen. Es wurde nun beschlossen, wenn Sonntagmorgen um 11.00 Uhr kein Bescheid in Löderburg ist, dann soll sie getrost mit dem Zug um zwei Uhr kommen und wir holen sie samt Kessler mit dem Fuhrwerk in Förderstedt ab. Am Sonntagmorgen war ich der Erste beim Herrn Amtsvorsteher und übergab ihm den Brief. Das Gesetzbuch wollte ich ihm auch geben. Doch er nahm es nicht mit dem barschen Ton: „Denken die denn, ich habe kein Gesetzbuch?“ Er las den Brief und erklärte, jetzt keine Zeit zu haben. Ich blieb und fragte wie-

der nach der Bescheinigung. Er ließ sich dann erst erklären, was es denn für eine Versammlung sein sollte. Ich sagte dann so recht treuherzig: „Da kann ein jeder hinkommen. Der Herr Pastor kommt auch mit hin, denn der Pastor wollte mal mit Herrn Kessler sprechen.“ Nun fing er aber an zu schimpfen, den Pastor wolle er auf den Gang bringen und wir sollten lieber unsere Arbeit machen als so etwas. Ich fragte nochmals nach der Bescheinigung, und erst jetzt wusste er, was ich wollte. Er sagte, dass er jetzt keine Zeit habe, sondern die Bescheinigung durch den Amtsdienner um 9.00 Uhr zu Wittenberg sende. Als ich um 9.00 Uhr bei Wittenbergs war, lag die Bescheinigung schon vor. Ich ließ einen großen Blumenstrauß machen, der auf den Tisch gestellt werden sollte. Wer sich den Blumenstrauß ansehen wollte, sollte auch ein 10-Pfennigstück auf den Teller legen, denn wir durften zu dieser Zeit kein Eintrittsgeld nehmen und auch kein Geld sammeln. Man musste eben sehen, wie es am besten ging. Als schon 45 Pfennig auf dem Teller unter dem Strauß lagen, merkte dies der Wachtmeister Mackentein und fragte, wozu der Strauß sei. Antwort: „Zur Zierde des Saales.“ Er: „Und was wird mit dem Geld?“ Ich: „Das bekommt das Dienstmädchen als Trinkgeld.“ Er: „Nein, das ist eine öffentliche Geldsammlung.“ Sofort nahm ich Strauß und Geld und rief das Mädchen, gab ihr die 45 Pfennig und den Strauß zurück mit der Bemerkung, wenn der Wachtmeister nicht wäre, hätte sie mehr bekommen. Daraufhin wurde ich angezeigt und musste 5 Mark bezahlen. Die Genossen waren von der Versammlung begeistert und sammelten untereinander.

Danach spielten die Löderburger Genossen bei einem Vergnügen das Theaterstück „Bildung“. Wir konnten das interessante Stück nicht spielen, weil wir es nicht beim Herrn Amtsvorsteher zur Einsicht eingereicht hatten und es ganz einfach verboten wurde. Deswegen spielten es die Löderburger bei uns ohne Genehmigung. Es war so reizend und schön, dass unser Amtsdienner Möbus der ganzen Szene beigewohnt hatte. Doch obwohl es allen so gut gefallen hat, wurden wir angeklagt, wegen Gotteslästerung, Verachtung von Staatseinrichtungen und Aufreizung zum Klassenhass. Nach einem Vierteljahr gab es einen Untersuchungstermin, doch bekamen wir von der Staatsanwaltschaft Magdeburg den Bescheid, dass die Klage gegen den Bildungsverein abgewiesen sei. Der Amtsvorsteher bestrafte uns jedoch dadurch, dass er Herrn Wittenberger veranlasste,

uns sein Lokal zu verweigern. Das schwächte unseren Verein, aber nicht unsere Partei.

1891 bauten wir am 1. Mai bei einem anderen Wirt im Garten eine Schankbude auf und feierten dort mit Gesang, Konzert und Ball. Dort waren wir sehr wetterabhängig, hatten aber erreicht, dass nicht wie in anderen Lokalen sonntags ständig Schlägereien stattfanden, weil wir anständigen Verkehr miteinander pflegten. Auch zwei Volksversammlungen gab es dort. Bei der ersten mussten unsere Frauen die Versammlung verlassen. Es sprach Robert Kreiner aus Aschersleben. Bei der zweiten Versammlung sprach unser Reichstagsabgeordneter August Heine aus Halberstadt. Dazu wurden wieder die Frauen mit eingeladen, aber die Versammlung wurde verboten, weil Frauen nicht an politischen Versammlungen teilnehmen durften. Wir beschwerten uns beim Landrat darüber, der schließlich Bescheid gab, dass die Behörde nicht berechtigt ist, solche Versammlungen zu verbieten. Frauen können teilnehmen. So haben wir auch das durchgesetzt. Es gab dort noch 11 Versammlungen, doch es kamen immer weniger Genossen. Ihnen gefiel nicht, dass der Wirt abends nur noch selten tätig war.

Dann kam die Wahl (zum Reichstag) am 15.06.1893. Die Konservativen hatten einen neuen Kandidaten aufgestellt und wir den Regierungsbaumeister August Kessler. Er erhielt 326 Stimmen, ein Zuwachs von 123 Stimmen in diesen drei Jahren, obwohl bei uns alles wieder recht zersplittert war. Bei der Reichstagswahl 1898 stimmten wir für Albert Schmidt aus Magdeburg, der 381 Stimmen erhielt und der Gegenkandidat nur 195. Die Wahlkosten deckten wir durch unsere Ortsmarken. Es wurde auch noch extra mit Listen gesammelt. Damit hatte jedoch unser Genosse Adam Armbrust auch Pech, denn bei einer solchen Sammlung hatte er 18 Mark eingenommen und musste 10 Mark Strafe zahlen wegen unerlaubter Geldsammlung. Trotzdem ging unsere Sache immer weiter und der Schaden ist auf andere Weise wieder gutgemacht worden. Auch sonst konnten wir unsere entstehenden Unkosten stets selber decken (eine Liste gibt hier Auskunft darüber, wie insgesamt 440,50 Reichsmark von 1890 bis 1901 eingenommen und ausgegeben wurden). Alles dies waren freiwillige Beiträge und wurden mir für die Unterstützung der Gemaßregelten, für die Partei, für Wahlzwecke und für Inhaftierte übergeben.

Bei der Wahl (zum Kreistag) 1900 hatten wir zum ersten Mal einen Stimmenverlust. Der Sozialdemokrat Albrecht erhielt nur 208 Stimmen, die anderen Kandidaten jedoch deutlich weniger. Auch war die Wahlbeteiligung sehr schwach, aber immerhin wurde unser Schneidermeister Albrecht gewählt und ist bis zum Kriegsende in unserem Kreis Abgeordneter geblieben.

Im Januar 1901 bekamen wir den Auftrag von G. Vicerowsky, dem Volksverein beizutreten. Wir waren etwa 30 Mitglieder. Ferdinand Beschke wurde der Leiter des Vereins. Mit den Einnahmen ging es jedoch nicht so gut wie vorher, Mitglieder wurden wir auch nicht mehr. Ich war vom April 1905 bis zum Januar 1906 krank, konnte keine Beiträge mehr bezahlen und wurde daher im Volksverein gestrichen. Auch bei der Reichstagswahl im Januar 1907 wurde ich krank und bin im August pensioniert worden. Danach trat ich 1909 wieder in den Volksverein ein und bin auch jetzt noch Mitglied und bleibe treu bis an mein Ende. Mein Wahlspruch war stets: Solange der Stamm noch grün, schlagen auch wieder Zweige aus. Ich bin nun in diesem Monat 50 Jahre in unserer Partei und gehörte zu den ersten Sozialdemokraten, die von Karl Müller/Staßfurt den „Sozialdemokraten“ zu lesen bekamen, der damals aus der Schweiz kam.

1909 übernahm August Wetteborn die Parteileitung und den Volksverein, der an Mitgliedern stark zunahm. Auch bei den Wählern nahm die Stimmenzahl zu. Doch nach dem Krieg 1919 hat sich alles geändert.

Teil II

In diesem Teil wird die Entstehung des Gemeindeparklaments erläutert, wie es in der Gemeinde vor 50 Jahren war und wie es seit dem 1. Oktober 1890 geworden ist.

Vor dem gab es in unserer Gemeinde höchstens drei Versammlungen. Ich konnte seit 1888 dabei sein. Es gab öfters auch Krach. Später merkte ich, dass eine schlechte Vertretung immer noch besser ist als die damalige Gemeindeversammlung. Durch eine Gesetzesänderung 1890 fielen die Gemeindeversammlungen weg, denn es wurde eine Dreiklassenvertretung gewählt. Wir beriefen dazu am Sonntagabend eine Versammlung ein. Sie war überfüllt, denn es waren Bauern, Beamte und Geschäftsleute anwesend, die auch zur dritten Klasse gehörten. Wir einigten uns rasch auf die Kandidaten. Doch am nächsten

Abend fand eine geheime Versammlung statt, in der für die Fabrikanten ein Buchhalter, für die Bauern ein Stellmachermeister und für die Hausbesitzer ein Hausschlächter vorgeschlagen wurden. Da die Wahl schon mittwochs stattfand, konnten wir keine Versammlung mehr durchführen. Die anderen setzten alle Hebel in Bewegung, sodass sie bei der Wahl mit knapper Mehrheit durchkamen. Nach dieser Wahl haben wir uns zwölf Jahre lang nicht mehr um die Gemeindevahl gekümmert, bis 1902. Eines Sonntags sprachen mich einige wegen der bevorstehenden Wahl an und baten um mein Einverständnis, mich wählen zu lassen. Ich stimmte zu, „es hielt dazumal schwer, denn es wollte keiner diesen Posten annehmen, denn ein Bergmann, aber auch noch Sozialdemokrat, das war für diese Herren doch zu viel und der Betreffende kam dann in die Vertretung „wie eine Eule mang die Krähen“. Am Montag darauf sollte die Wahl stattfinden, ohne vorher mit jemandem darüber zu sprechen. Wir führten folgenden Plan aus: Am Sonntag war Bergmannsball. Dort sollte alles geklärt werden. Man muss wissen, dass zu dieser Zeit höchstens 15 bis 20 Leute der dritten Klassen zur Wahl gingen. Doch abends beim Ball, um zehn Uhr, gab der Vorstand Jacob Wartmann Folgendes bekannt: „Kameraden“, sagte er, „morgen um 9.00 Uhr findet die Gemeindevertreterwahl statt. Unser Kamerad Andreas Hermann wird aufgestellt. Wer Mittags- oder Nachtschicht hat, muss zur Wahl gehen und unseren Kameraden wählen.“ Das kam an. Nun sagte ich Folgendes: „Morgen früh, kurz vor 9.00 Uhr, sollen sich sämtliche Wähler in Gruppen versammeln, aber nicht vor dem Wahllokal. Doch sobald es neun schlägt, gehen alle hin. Das gibt eine Überraschung, an die die anderen nicht denken.“ So kam es auch. Um 9.00 Uhr kamen 56 Mann hintereinander, ich voran, in den Saal. Das gab Gesichter. Nun wurden rasch noch Lehrer, Drescher und andere herangeholt, aber es war zu spät. Der Kandidat Stille erhielt 22 Stimmen und Andreas Hermann 56 Stimmen. So kam ich ganz unverhofft in die Gemeindevertretung. Als ich das erste Mal in die Sitzung kam, haben wohl alle gedacht, was will denn der bei uns hier. Diesmal konnte ich wirklich nur zu allem ja sagen. Es gab nichts einzuwenden. Doch beim zweiten Mal fragte ich den Amtsvorsteher nach einer Angelegenheit, worauf er mir erklärte, was in der Gemeinde gemacht wird, werde in der Sitzung beschlossen. Daran habe ich mich gehalten, aber der Amtsvorsteher hatte es offenbar vergessen. Das habe ich ihm oftmals vorgehalten. So

habe ich beispielsweise beim Armenetat im Einzelfall einiges abändern können.

Wie unsere Straßenbeleuchtung entstand: Ich hatte von Herrn Wittenberg den Auftrag bekommen, für eine Beleuchtung zu sorgen, solange die Zuckerfabrik noch in Betrieb ist. Denn bis 1901 musste man im Winter abends mit einer Laterne weggehen. Und so stellte ich im Sommer 1902 den Antrag zur Beratung. Der Amtsvorsteher und andere waren dagegen, doch bei der Abstimmung gab es 7 Stimmen gegen 5 und mein Antrag war angenommen. Bereits im Herbst hatten wir eine Straßenbeleuchtung mit Steinöllaternen. Mancher Einwohner hat sich gewundert, dass ein Mann so etwas fertig gebracht hat, denn es hieß: einer ist so gut wie keiner. Aber einer kann doch viel machen, wenn er die richtige Auffassung hat. Drei Jahre später bot die Hecklinger Gasgesellschaft Gaslicht an. Ich hielt dies für eine Verbesserung, worauf mir vorgeworfen wurde, das Geld für die Laternen hätten wir uns sparen können. Doch wir hatten bereits drei Jahre lang eine Beleuchtung. Nun wurde auch dieser Antrag gegen die Fabrikanten angenommen und für 30 Jahre vereinbart. Die Fabrikanten waren deswegen dagegen, weil sie selber schon Gaslicht hatten. Ich erhielt es erst 1915 und habe nun seit 1932 auch elektrisches Licht.

Wie unsere Armenkommission entstand: Bei einer Beratung wegen einer Armensache fragte ich den Amtsvorsteher, ob wir denn keine Armenkommission hätten. Einer antwortete gleich: „Ja, aber sie steht nur auf dem Papier.“ Es stellte sich heraus, dass der Amtsvorsteher nicht die wirkliche Bedürftigkeit prüfte, sondern dazu neigte, weinenden und schimpfenden Frauen etwas zu geben und andere unter Umständen verhungern lassen. Das wurde nun geändert. Zwei andere und ich wurden als Kommission bestimmt, und wir haben bis 1919 zur Zufriedenheit der Bedürftigen gearbeitet. Die Sätze von drei Reichsmark monatlich hoben wir auf sechs Reichsmark an, in einem Fall auf neun Reichsmark und in einem anderen auf zehn Reichsmark. Trotzdem wurde mir nach dem Krieg der Vorwurf gemacht, ich müsse mich schämen, dass die Armen nur zehn Reichsmark Unterstützung erhalten haben. „Aber, werter Leser, man muss sich die Verhältnisse von damals selbst vorstellen und hat dann vielleicht eine ganz andere Meinung wie der Nörgler. Es war zu dieser Zeit vom Landrat für die bedürftigsten Fälle ein Höchst-

satz von zehn Reichsmark festgesetzt. Das haben wir auch für sämtliche armen Unterstützungsempfänger erreicht. Man muss auch bedenken, ich war doch nur allein.“

Bis zu dem Zeitpunkt, als ich an den Sitzungen teilnahm, machte der Amtsvorsteher im Grunde alles allein. Er war doch eigentlich der König. Und wer doch einmal ein Wort sagte, dem kam er sehr barsch entgegen. Einmal ließ er vor einer Hochzeitsfeier bei Freunden die Straße pflastern, ohne dass darüber bestimmt worden war. Ich fragte danach, wurde schroff zurückgewiesen, denn es war ihm doch zu viel, dass ein Bergmann, der noch dazu Sozialdemokrat war, ihn daran erinnerte, dass für dergleichen ein Beschluss erforderlich ist. Das war ihm zu viel. Er nahm seine Bücher und sagte, dann braucht er nicht mehr Amtsvorsteher zu sein. Ich antwortete ganz kurz: „Dann macht es ein anderer.“ Er ging zwar mit seinen Büchern weg, doch bei der nächsten Sitzung wurde klargestellt, dass wir von der Pflasterarbeit nichts gewusst haben und als Gemeindevertreter das Recht haben, danach zu fragen. Es hieß, der Amtsvorsteher sei zwar 29 Jahre im Amt und keiner habe sich bisher beschwert, aber dennoch wurde nun beschlossen, dass die Vertreter dergleichen zu bestimmen haben. Seitdem hat sich der Gemeindevorsteher geändert. Er fragte stets nach meiner Meinung und blieb bis 1914 im Amt.

1907 wurde ich pensioniert und konnte nun mit den Kameraden unterwegs nicht mehr diskutieren, weil ich kaum gehen konnte und auch deswegen bei der Wahl 1908 mein Amt zur Verfügung stellen wollte. Doch damit waren meine Freunde nicht einverstanden. Ich wurde erneut gewählt, ebenso wie 1910.

Am 1. Juli 1914 legte der Amtsvorsteher sein Amt nieder. Er hatte es am 1. Oktober 1874, als die Bismarckschen Mai-Gesetze in Kraft traten, erhalten und war zugleich Ständesbeamter. Er lud die gesamte Vertretung zu einer Abschiedsfeier in seine Wohnung ein. Als der Landrat auf seine langjährige Dienstzeit eine Rede hielt, verließ August Wetteborn stillschweigend die Sitzung. Ich blieb bis zum Schluss, aber an der Feier am Abend habe ich mich nicht beteiligt. Dagegen ging Wetteborn abends aus Neugier hin, jedoch nicht als Gast, und ist sogar vom Wachtmeister noch abgewiesen worden. Der Le-

ser kann nun selbst urteilen, wer von uns beiden richtig gehandelt hatte.

Am 3. August 1914 rückten die Steuerzahler in den Krieg. Die Familien blieben zurück und mussten Unterstützung bekommen. Ich wurde in die Kriegskommission gewählt und beantragte für sämtliche eingezogenen Familienväter eine Unterstützung. Der Landrat war aber anderer Meinung und lehnte bei acht Familien die Unterstützung ab mit der Bemerkung, sie seien alle in der Lage, den Lohn für Aushilfsknechte selber zu zahlen. Ich beantragte eine großzügige Unterstützung und erklärte: „Nach der Begeisterung mit der unsere Söhne und Krieger in den Krieg gezogen sind, sei er bis Weihnachten zu Ende und durch die Maschinengewehre und sämtliche Geschützverbesserung bliebe doch keiner am Leben.“ Doch Böckelmann hielt dagegen: „Wenn es passt, dann kann der Krieg vier Jahre dauern oder gar noch länger.“ Dass dieser große Weltkrieg tatsächlich so lange gedauert hat, haben wir alle erlebt. Ich hab damals gedacht, entweder du bist verrückt oder du weißt noch viel mehr als wir, selbst als unsere Führer in der Partei.

1915 wurden die zu Unterstützenden immer mehr und die Steuerzahler immer weniger. Der Landrat bestimmte, weil doch die Lebensmittel knapper werden, sollten die Hunde abgeschafft und dementsprechend eine verschärfte Hundesteuer eingeführt werden. Der erste Hund sollte mit sechs Reichsmark versteuert werden. Aber ich lehnte den Vorschlag ab, weil wir hier 400 Häuslerstellen mit einem Hund haben, die dann 2400 Reichsmark zahlen müssten und vielleicht als Invaliden den Hund brauchten, um einen Wagen zu ziehen, während andere sich Pferde hielten. Ich schlug vor, dass der erste Hund frei sei und der zweite Hund mit drei Reichsmark versteuert werden solle. Dieser Antrag wurde angenommen.

1916 wurden die Lebensmittel noch knapper, und es sollte von jedem geschlachteten Schwein ein gewisser Satz an Wurst oder Speck statt Bargeld abgegeben werden. Es wurde eine Viehbesichtigungskommission ernannt. Auch hierbei ging es nicht ohne schwere Auseinandersetzungen ab.

Zum Schluss noch eins. Am 9. November 1918, sonnabends, ließ mich der Amtsvorsteher Otto Worbs holen. Die Bauern wa-

ren bei ihm und fragten, was nun werden solle, denn sie hatten Angst. Ich erhielt die Vollmacht, alles tun zu können, was ich für gut befände, wenn bloß alles einigermaßen gut ausgeht. Das habe ich dann auch getan und abends eine Versammlung einberufen. Es wurde der Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Sonntags fand ein öffentlicher Umzug statt, bei dem ich die Jugend ermahnte, keinen Schaden anzurichten, den wir alle zu ersetzen hätten. Es ist auch tatsächlich nichts passiert und meine Pflicht war erfüllt. Damit schließe ich meinen Bericht.

Nachspann

Als der damals 78-jährige Bergarbeiter Andreas Hermann diese Chronik 1932 geschrieben hatte, übergab er sie zu treuen Händen. Sie wurde weitergereicht und überstand die Hausdurchsuchungen nach Hitlers Machtergreifung. Später galt sie als verschollen, tauchte dann jedoch wieder auf. Sie ist ein Teil der Atzendorfer Dorfchronik, die auch umfangreiche Listen von Wahlergebnissen, Kriegsopfern, Abrechnungen, Vereinstätigkeiten und vieles andere enthält. Der vorliegende Bericht ist für uns heute jedoch zweifellos der interessanteste Teil und auch von allgemeiner Bedeutung. Schrift und Sprache dieses alten Bergarbeiters, der mit einem sehr klaren Verstand ausgestattet war und ganz offensichtlich ein Sozialdemokrat durch und durch gewesen ist, sind beim Lesen nicht immer leicht verständlich. Es ist, als habe jemand in der Dorfkneipe ein Tonband mitlaufen lassen, urig zum Anhören, aber schriftlich nicht leicht zu fassen. Ich habe mich bemüht, neben den erforderlichen Kürzungen einen sprachlichen Mittelweg zwischen dem Original und heutiger Verständlichkeit zu finden.

Petra Grimm-Benne

Hermann Kasten - Erster Bürgermeister der Stadt Staßfurt und Mitglied des Preußischen Landtages

Biografisches

Hermann Kasten wurde am 22. August 1885 in Unseburg als



Sohn eines Bergarbeiters geboren. Er absolvierte von 1899 bis 1901 eine Malerlehre in der Firma Hugo Müller Wagenlackiererei in Magdeburg-Neustadt. Nach Gesellenzeit und Heirat in Magdeburg ließ er sich im Jahr 1912

als selbständiger Malermeister in Schönebeck nieder.

Sein politischer Weg führte Hermann Kasten in der Zeit zwischen 1909 und 1913 zu den Schönebecker kommunistischen Anarchisten und zu der „Freien Vereinigung aller Berufe“, deren Vorsitzender er im Jahr 1912 war. In der Zeit des Ersten Weltkrieges schloss er sich der USPD an und wurde zu deren politischen Sprecher in Schönebeck.

Entgegen seines bestehenden Beschlusses des USPD-Parteitages in Halle führte Hermann Kasten die Mehrheit der Schönebecker USPD - Mitglieder wieder in die SPD zurück, wo er seine endgültige politische Heimat fand.

Von 1919 bis 1929 war Hermann Kasten für die SPD Stadtverordneter und Magistratsmitglied in der Stadt Schönebeck. Darüber hinaus wurde er im Jahr 1923 für die SPD in den preußischen Landtag gewählt. Seine kommunalpolitischen Vorstellungen vertrat er über die Grenzen der Stadt Schönebeck hinaus



Hermann Kasten

* 22.08.1885

† 05.02.1933

(Quelle: Privat)

im Vorstand des Provinzial-Sächsischen Städtebundes und des Reichsstädtebundes.

Eine enge persönliche Freundschaft verband ihn mit Gustav Gehre, dem Vorsitzenden der Staßfurter SPD. Nicht zuletzt diese Freundschaft bildete den Hintergrund dafür, dass ihn die Staßfurter Parteigenossen im Jahr 1929 als 1. Bürgermeister ihrer Stadt vorschlugen.

Seit seiner Wahl am 2. Juni 1929 führte er dieses Amt neben seiner Tätigkeit im Preußischen Landtag aus.



Hermann Kasten genoss bei den demokratisch gesonnenen Menschen über Parteigrenzen hinweg hohes Ansehen. Maßstab für seine gesamte politische Arbeit war dabei seine gradlinige politischen Haltung, vor allem sein konsequentes Eintreten für die ärmere Bevölkerung und seine eindeutige Gegnerschaft zu den Nationalsozialisten.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass es die Nationalsozialisten im damaligen SPD Parteibezirk Magdeburg-Anhalt außerordentlich schwer hatten, Anhänger aus der Arbeiterschaft zu gewinnen. Im Raum der einstigen preußischen Garnisonsstadt Magdeburg, wo überdurchschnittliche Repressionen im späten 19. Jahrhundert jeden Organisationsansatz der Arbeiter verhindert hatten, war das Solidargefühl und der Milieuzusammenhang in der Arbeiterschaft besonders ausgeprägt.

Die Politik in den Gemeinde-, Kreis- und Provinziallandtagsparlamenten wurde maßgeblich von Sozialdemokraten bestimmt. Im Reichstag war die Region unter anderem durch Ernst Reuter, dem Magdeburger Oberbürgermeister, vertreten.

Ein so beliebter und furchtloser Politiker wie der Staßfurter Bürgermeister Hermann Kasten war den Nationalsozialisten natür-

lich ein besonderer Dorn im Auge, zumal er NS-Aufzüge konsequent unterband.

Die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, von denen auch das wirtschaftliche Leben Staßfurts nicht verschont wurde, engten den Gestaltungsspielraum für die Arbeit des 1. Bürgermeisters stark ein. Gleichwohl gelang es Hermann Kastens in seiner Amtsführung, den Wohnungsbau zu fördern und die Infrastruktur der Stadt zu verbessern. Die Häuser in der „Pfännerhöhe“, der „Kalistraße“, in der Straße „An der Bode“, der „Sülzestraße“ oder der „Siebenstraße“ (jetzt „Hermann-Kastens-Straße“) sind Beispiele hierfür. Des Weiteren gehören hierzu das Staßfurter Schwimmbad in der Hecklinger Straße oder der Bau einer Holzbrücke über den Mühlengraben.

Auch die Stadt Schönebeck hat dem politischen Engagement Hermann Kastens viel zu verdanken. So hat er sich als Abgeordneter des Preußischen Landtages stets mit Nachdruck für die Interessen der Stadt und ihrer Bewohner eingesetzt. Die Schaffung der Großgemeinde aus den Städten Schönebeck, Bad Salzelmen und Frohse nach vier Jahrzehnte langem erfolgreichem Bemühen, war nicht zuletzt das Werk Hermann Kastens, der die zuständigen Ministerien hartnäckig auf die unsinnige kommunalpolitische Zerrissenheit hingewiesen hat.

Der Artikel der „Schönebecker Zeitung“ vom 6. Februar 1933

Am 6. Februar 1933 konnten die Menschen in der „Schönebecker Zeitung“ unter der Überschrift: „Politischer Meuchelmord in Staßfurt“ einen Artikel lesen, wonach der 1. Bürgermeister Hermann Kastens erschossen und ein siebzehnjähriger Gymnasiast der Täter sei. Die „Schönebecker Zeitung“, die diesem Ereignis eine ganze Zeitungsseite widmete, berichtete über die amtliche Darstellung der Polizei, über die Vorgeschichte des Mordes sowie über das eigentliche Mordgeschehen und den verhafteten Schüler. Des Weiteren wurden kurz die Verdienste Hermann Kastens gewürdigt und auf politische Zusammenstöße in Staßfurt und Barby hingewiesen. Schließlich wurde die vom Landrat des Kreises Calbe erlassene Bekanntmachung über das Verbot aller Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel veröffentlicht. Der Bericht begann folgendermaßen:

„Am Samstagabend gegen 22:15 Uhr wurde in der Parkstraße der 1. Bürgermeister der Stadt Staßfurt, Hermann Kasten, dicht vor seinem Wohnhaus durch zwei Revolverschüsse so schwer verletzt, dass er in den frühen Morgenstunden des Sonntags starb.

Die Schüsse wurden von hinten auf Kasten abgegeben. Die Kugeln verletzten die Wirbelsäule und durchschlugen den Leib. Hermann Kasten vermochte aus seinem Revolver noch einige Schüsse abzugeben, die aber niemand trafen. Vor der Haustür seiner Wohnung brach er dann zusammen. Seine Angehörigen schafften ihn sofort zum Knappschafts Krankenhaus. Die Verletzungen waren aber so schwer, dass die Ärzte ihn nicht am Leben zu erhalten vermochten.

Als der Tat dringend verdächtig wurde ein siebzehnjähriger Schüler Joachim Matthes aus Neu-Staßfurt in Haft genommen. Er bestreitet bisher die Tat.“

Vorgeschichte und Hintergründe des Mordes

Im Rahmen zeitgeschichtlicher Forschung konnten inzwischen wertvolle Informationen zu Vorgeschichte und Hintergründen des Mordes gewonnen werden.

So hat sich die örtliche Staßfurter NS-Leitung schon nach dem Antritt der Papen-Regierung am 30. Mai 1932 an den neuen Reichstagspräsidenten Hermann Göring mit der Bitte gewandt, dem 1. Bürgermeister Kasten das Handwerk zu legen. Hermann Hofmann berichtet hierzu in der Volksstimme vom 4. Februar 1933:

„In einem fünfseitigen Brief des Gruppenstaffelführers Max Deventer vom 29. Juli 1932 an Göring wird Hermann Kasten beschuldigt, die Polizeigewalt einseitig auszuüben. Weiterhin habe er in SPD-Versammlungen als Redner, unsere Bewegung schwer angegriffen'. Man würde es außerordentlich begrüßen, wenn dem ... Bürgermeister Kasten das Handwerk gelegt wird ...' Görings an das Preußische Innenministerium gerichtete Bitte, das Erforderliche zu veranlassen', brachte nicht den gewünschten Erfolg.“

Deshalb wurden sie ein halbes Jahr später selbst aktiv.

In der „Schönebecker Zeitung“ vom 6. Februar 1933 ist nachzulesen, dass in den Nachmittagsstunden des 4. Februar 1933 in Staßfurt ein Propagandaumzug stattfand, an dem Mitglieder der NSDAP, des Stahlhelms, einiger Militärvereine und des anhaltischen staatlichen Arbeitsdienstes beteiligt waren. Nach Beendigung dieses Umzuges kam es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der NSDAP und dem vor dem Kino „Weltspiegel“ stehenden Arbeitersamariter Otto Schmidt, wobei dieser verletzt wurde.

Hermann Kasten, der am Sonnabend noch an einer Sitzung des Preußischen Landtages teilgenommen hatte, war gegen 20:00 Uhr nach Staßfurt zurückgekommen. Ihm wurde über den Zwischenfall Bericht erstattet, und er ordnete an, dass der angebliche Täter Oehmig zur Polizeiwache gebracht wurde. Zur Vernehmung kamen auch der Kreisleiter der NSDAP Wienecke und der Fabrikbesitzer Deventer. Sie setzten sich für die Freilassung ihres Parteimitgliedes ein. Da sich die Verletzungen des Arbeitersamariters inzwischen nicht als lebensgefährlich herausgestellt hatten und Oehmig auch bestritt, den Schmidt geschlagen zu haben, wurde er schließlich auf Veranlassung des Bürgermeisters wieder entlassen.

Bürgermeister Kasten entließ den Festgenommenen und begab sich nach Hause. Nach Polizeiangaben erhielt die Polizeiwache einen Telefonanruf, wonach „in der Parkstraße alles schwarz von Menschen sei und der Bürgermeister bedroht würde“. Der Polizeioberinspektor Clemens soll daraufhin sofort mit einigen Polizeibeamten zu der Wohnung des Bürgermeisters Kasten geeilt sein. Entgegen der telefonischen Mitteilung sei die Parkstraße menschenleer gewesen. In seiner Wohnung fanden die Polizeibeamten den Bürgermeister schwer verletzt. Er war bei vollem Bewusstsein, so dass er noch einige Angaben über den Hergang der Tat machen konnte.

Danach sei ihm schon bei dem so genannten Durchbruch ein junger Mann mit einer roten Schülmütze begegnet. Etwa zwanzig Meter vor seinem Haus hätte der Schüler mit der roten Schülmütze ihn mit den Worten begrüßt: „Guten Abend, Herr

Bürgermeister.“ Als er das eiserne Tor zu seinem Vorgarten öffnen wollte, habe er plötzlich zwei Schüsse in den Rücken bekommen. Er habe sich umgedreht und wieder den Schüler mit der roten Mütze gesehen, der, zu ihm gewandt, gerufen habe: „Warte, Du Schurke, jetzt kommt die Abrechnung!“

Bürgermeister Kasten habe trotz der schweren Verwundung die Kraft gehabt, seine Waffe zu ziehen und mehrere Alarmschüsse abzugeben. Er habe sich dann bis zur Haustür geschleppt und sei hier zusammengebrochen.

Eine Operation konnte ihn nicht mehr retten. Die Kugeln hatten die Wirbelsäule durchbohrt, die Schlagader zerrissen und waren aus dem Körper wieder ausgetreten.

Hermann Hofmann deckt in seinem Volksstimmeartikel vom 4. Februar 1993 auf, dass ein noch weitergehender Mordplan bestand:

„Am Nachmittag wurde der Fahrer des Krankenwagens des Krankenhauses in eine Kneipe gelockt und betrunken gemacht. Der diensthabende Arzt des Knappschaftskrankenhauses wurde überredet, sich vertreten zu lassen, natürlich von einem zuverlässigen Anhänger der NSDAP. ... Seine Frau zog ihn (Hermann Kasten) in den Hausflur und war um Erste Hilfe besorgt, während die Hausangestellte das Städtische Krankenhaus anrief und den Krankenwagen anforderte. Weitere Leute wurden informiert, so der Polizeiinspektor Klemens und Stadtrat Gehre. Da der Krankenwagen nicht kam, rief letzterer im Knappschafts Krankenhaus an. Dort wurde zögerlich gehandelt, und erst ein weiterer Anruf von Gehre, der mit Nachdruck ärztliche Hilfe von Dr. Liesong forderte, führte zum Krankentransport ins Knappschafts Krankenhaus. So kam es, dass Hermann Kasten eine Stunde ohne ärztliche Hilfe in seinem Blute lag. Dr. Wilhelm operierte während der Nacht. Am Morgen des 5. Februar trat der Tod ein.“

Nach der Tat wurde die Mordkommission aus Magdeburg verständigt. Bei deren Untersuchungen ist der Verdacht zunächst auf drei Schüler gefallen, von denen nur der 17-jährige Gymnasiast Matthes als Täter in Frage kommen konnte. Die Polizei konnte den Täter jedoch zunächst nicht fassen.

Gleichzeitig rückte die NSDAP von der Tat ab und erklärte, dass sie diese unter keinen Umständen billige. Ihre Vertreter versprachen, im Falle des Auftauchens des Täters, diesen sofort der Polizei zu übergeben. Interessanterweise erschien Sonntagfrüh um 6:30 Uhr der NSDAP Kreisleiter Wienecke bei der Polizei mit dem Gesuchten, der sofort in Haft genommen wurde. Obwohl der Verhaftete die Tat leugnete, verdichteten sich die Verdachtsmomente bei seiner Vernehmung so sehr, dass an seiner Schuld kein Zweifel mehr bestand. Der Täter war zwar kein Mitglied der NSDAP, sympathisierte aber mit ihr.

Über das weitere Schicksal des Täters weiß Hermann Hofmann in seinem Volksstimme Beitrag folgendes zu berichten:

„Der Kriminalist aus Magdeburg, der den Fall bearbeitete, hatte nach wenigen Tagen die begründete Hoffnung, den Fall aufzuklären. Er sagte dem Sohn Hermann Kastens: ‚Herr Kasten, morgen serviere ich Ihnen den Mörder.‘ Das geschah jedoch nicht. Der Beamte wurde schnellstens versetzt. Die Akten verschwanden, und der Mord wurde nie aufgeklärt. Wie erst bekannt wurde, hat man den Mörder in Magdeburg unter dem Namen Ulrich in die Polizei eingegliedert. Im Krieg war er Offizier der Wehrmacht, und in einem Gefangenenlager in Italien 1944 bekannte er sich zu der Tat. Er erzählte, dass er Mitglied des SV 09 gewesen sei und seine Mutter noch in Leopoldshall wohnen würde. Seitdem verliert sich seine Spur.“

Letzte Ehrung

Die Anteilnahme und die Abscheu über die Tat, die in den Tagen nach der Ermordung Hermann Kastens von vielen Demokraten den Hinterbliebenen ausgedrückt wurde, soll an dieser Stelle durch einige Auszüge wiedergegeben werden:

Aus dem Kondolenzbrief des Regierungspräsidenten vom 6. Februar 1933:

„ ... Die unglückselige Tat, deren Opfer Ihr Herr Gemahl geworden ist, kann in allen rechtlich denkenden Kreisen der Bevölkerung nur einmütige Verurteilung finden. Die Verdienste, die sich der Verstorbene im Kommunaldienst, insbesondere als Bür-

germeister der Stadt Staßfurt erworben hat, sichern ihm über das Grab ein ehrendes Gedächtnis. ...“

Aus dem Kondolenzbrief des 1. Bürgermeisters der Stadt Schönebeck-Bad Salzelmen vom 6. Februar 1933:

„ ... Ich habe mit dem viel zu früh Heimgegangenen in schwerer Zeit im Magistrat stets sachliche Arbeit zu leisten vermocht und werde ihm das nie vergessen.“



Aus dem Kondolenzbrief der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft vom 6. Februar 1933:

„Um seinen Bürgermeister, Herrn Kasten, von ruchloser Mörderhand gefallen, trauert Magistrat und

Stadt Staßfurt. ... Der Verstorbene hat in schwerer Notzeit die Lenkung der Geschicke der Stadt übernommen, er hat ihre Interessen mit Bedacht und Geschick vertreten und ihre Wohlfahrt gefördert. Er hat sich große Verdienste um sie erworben. ...“

Aus der Ansprache des Studiendirektors Dr. Hawickhorst, anlässlich des Trauergedenkens in der Aula des Reformrealgymnasiums am 6. Februar 1933:

„Meine lieben Schüler!

... Wir wissen, was unermüdliche Schaffenskraft in wenigen Jahren aus unserem verschmutzten, freudlosen Ort gemacht hat, wissen, wie durch ihn Grün und Blumen wuchsen da, wo vorher graues Bretterwerk war. Wir freuen uns der freundlich gewordenen Ufer unserer schwarzen Bode, sahen lichte Wohnungen sich an den Rändern der Stadt erheben.

Darüber hinaus kannten wir Älteren den Ersten Bürgermeister Kasten als den verständnisvollen Förderer des Schulwesens

dieser Stadt, besonders auch der höheren Schulen. Als 1. Vorsitzender des Kuratoriums des Realgymnasiums war er, auf Sachkenntnis gestützt, immer ein bereiter Helfer. Wenn auch als gewählter Vertreter einer großen politischen Partei mit der Mehrheit der Eltern nicht gleichen Sinnes, so hat er doch für die Jugend ein großes Verstehen gehabt, ihr Sehnen und Suchen um Wahrheit erkannt. Er hat nicht starr binden, er hat wachsen lassen wollen. Ich weiß von manchem verständigen Wort, was er über Schule und Jugend gesprochen, weiß auch von Worten der Abwehr, die er zu Euren Gunsten gefunden hat.

Ich bedaure außerordentlich den Verlust dieses kenntnisreichen, klugen Mannes, und ich weiß, meine lieben Schüler, dass auch Ihr um ihn trauert, weiß, dass mit uns empfindet das Kollegium, der Elternbeirat und die Elternschaft, das Kuratorium dieser Schule und die ihr vorgesetzte Behörde. Wir alle werden ihn, den die politisch wirre Zeit dahingerafft hat, allzeit ein ehrendes Andenken bewahren. In einem Vaterlande des Friedens ruhe er in Frieden!“

Aus dem Kondolenzbrief des Bundespräsidenten des Reichsstädtebundes und Vorsitzenden des Provinzial-Sächsischen Städtebundes vom 7. Februar 1933:

„... Der lautere Charakter, die kollegiale Gesinnung und der Eifer, mit dem er sich für die Bestrebungen unseres Bundes einsetzte, sichern dem Heimgegangenen ein dankbares Andenken in den Kreisen des Reichsstädtebundes und des Provinzial-Sächsischen Städtebunds. ...“

Aus dem Kondolenzbrief des Oberbürgermeisters der Stadt Pasing vom 7. Februar 1933:

„... Während der vielen Jahre im Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes lernte ich Ihren Herrn Gemahl kennen und schätzen. Sein gediegenes Wissen, seine aufrechte Wesensart, die Ehrlichkeit seiner Überzeugung, die aber auch die Geltung anderer Anschauung sich nicht verschloss, gewannen ihm unser aller Hochachtung. Wir werden des freundwilligen Kollegen niemals vergessen – seinen Rat werden wir sehr vermissen! Ehre seinem Andenken! ...“

Solidaritätsbekundungen und nationalsozialistischer Terror

Bereits die Hinweise auf die Ausschreitungen in der „Schönebecker Zeitung“ lassen die Empörung und Unruhe in der Bevölkerung über die Ermordung Hermann Kastens erkennen.

Schon am Sonntag, dem 5. Februar 1933, kam es wiederholt zu Protesten des Reichsbanners und der Kommunisten, in deren Verlauf auch Schüsse fielen. In Löderburg kam es zu einem schweren Zusammenstoß, bei dem 15 Schüsse abgegeben wurden und ein Nationalsozialist verletzt wurde.



Die Nationalsozialisten antworteten mit weiterem Terror in der Region. Beatrix Herlemann berichtet:

„In Barby, ... , hatte ein Aufmarsch der SA unter Beteiligung des Schönebecker Karpe-Sturms bereits am 5. Februar Angst und Schrecken verbreitet,

war in das Parteilokal der SPD „Rautenkrantz“ eingedrungen, hatte am Straßenrand stehende Einwohner angepöbelt und diejenigen, die nicht den Arm zum Hitlergruß hoben, geohrfeigt und zum Teil niedergeschlagen. Willi Fabian, der Sohn des allseits bekannten Reichsbannerführers und Stadtverordneten Otto Fabian, wehrte sich und verletzte zwei SA-Männer mit dem Messer. Vor seinen Verfolgern flüchtete er in die Polizeiwache, die von ca. 100 SA-Männern belagert wurde. Da sie seiner nicht habhaft werden konnten, belagerten spätabends 60 bis 80 SA-Männer das Haus des Vaters Otto Fabian. Es kam zu einem Schusswechsel, bis Otto Fabian über sein rückwärtiges Grundstück flüchtete. Beim Sprung von der sechs Meter hohen Stadtmauer, die seinen Hausgarten begrenzte, zog er sich schwere Verstauchungen zu, konnte sich aber noch bis in die Wohnung von Bürgermeister Buß retten. Da vor dessen Haus ebenfalls SA randalierte, rief der Bürgermeister einen Polizisten an, der die SA mit dem Ruf weglockte: „Wenn ihr Fabian sucht, der ist eben am Elbwerder gesehen worden.“ Der Polizeibeam-

te konnte nun den schmerzgeplagten Fabian in Sicherheit bringen. Da der rachedurstigen SA Otto Fabian und sein Sohn Willi entgangen waren, verwüstete sie noch in der gleichen Nacht das Haus der Fabians bis zur Unbewohnbarkeit.“

Weitere Protestdemonstrationen des Reichsbanners wurden polizeilich verboten. 3.000 Menschen strömten daraufhin im Volkshaus zusammen. Am Montag wurde in den Betrieben Staßfurts ein einstündiger Proteststreik durchgesetzt.

Der Leichnam von Hermann Kasten wurde im Staßfurter SPD-Lokal „Hofjäger“ aufgebahrt.

Am 8. Februar 1933, dem Tag der Beisetzung Hermann Kastens auf dem Ostfriedhof in Schönebeck, legten über 7.000 Arbeiter auf Beschluss der Betriebsräte um 12:00 Uhr die Arbeit nieder, um mit Zehntausenden, die die Straßen säumten, dem Ermordeten das letzte Geleit von Staßfurt nach Schönebeck zu geben. In Förderstedt verspernte in der Umgebung zusammengezogene SA den Weg und leitete den Trauerzug nach Bernburg um.

Die Beisetzung auf dem Ostfriedhof in Schönebeck wurde zu einer ersten stummen Widerstandsdemonstration am Grabe eines Ermordeten, der leider allzu bald weitere folgten.

Das Erbe Hermann Kastens

Trotz der Ermordung Hermann Kastens lebt seine Überzeugung und sein politisches Vermächtnis bis heute weiter.

Hildegard Kasten, die Schwiegertochter Hermann Kastens, war selbst in Schönebeck wohnhaft und hat als SPD Mitglied bereits als junges Mädchen mit ihrem Engagement in der damaligen Arbeiterjugend das Erbe ihres Schwiegervaters weiter getragen.

Auch Bärbel Döring, die Enkelin Hermann Kastens, wohnt in Schönebeck. Als Schönebecker SPD Stadträtin von 1990 bis 1999 folgte sie dem kommunalpolitischen Wirken ihres Großvaters.

Mit dem „Hermann-Kasten-Preis“, einem Preis, der Engagement gegen Rechts und für mehr Demokratie und Toleranz auszeichnet, würdigt und ehrt der SPD-Kreisverband Salzland seit 2004 den aufrechten Demokraten. Die Preise gingen bisher an Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule „Maxim Gorki“ in Schönebeck sowie an Schülerinnen und Schüler der Europaschule Gymnasium „Stephaneum“ Aschersleben.

Auch im kommenden Jahr wird die Salzland - SPD diesen Preis wieder ausloben.

Literatur

1 Beglaubigter Auszug aus dem Sitzungs-Protokoll der Stadtverordneten-Versammlung zu Staßfurt, vom 27. Juni 1929, Tages-Ordnung, Punkt 3: Stellungnahme und Beschlussfassung zur Wahl des I. Bürgermeisters und Wahl desselben. Privatbesitz Frau Bärbel Döring.

2 Abschrift des Schreibens vom 29. Juni 1929 an den Magistrat der Stadt Staßfurt über die Annahme der Wahl zum I. Bürgermeister. Privatbesitz Frau Bärbel Döring.

3 Bestätigungsurkunde des Preußischen Staatsministeriums des Innern vom 2. August 1929 über die Wahl zum I. Bürgermeister mit einer gesetzlichen Amtsdauer von 12 Jahren. Privatbesitz Frau Bärbel Döring.

4 Beglaubigter Auszug aus dem Sitzungs-Protokoll der Stadtverordneten-Versammlung zu Staßfurt, vom 16. August 1929, Tages-Ordnung, Punkt 6: Einführung und Verpflichtung des neu gewählten Bürgermeisters für die Stadt Staßfurt. Privatbesitz Frau Bärbel Döring.

5 Schönebecker Zeitung, Auszug aus der Ausgabe vom Montag, den 6. Februar 1933: „Politischer Meuchelmord in Staßfurt“. Privatbesitz von Frau Bärbel Döring.

6 Kondolenzbriefe. Privatbesitz Frau Bärbel Döring.

7 Schönebecker Zeitung, Auszug aus der Ausgabe vom Dienstag, den 7. Februar 1933: „Noch kein Geständnis des Staßfurter Attentäters“. Privatbesitz von Frau Bärbel Döring.

Volksstimme, Auszug aus der Ausgabe vom 4. Februar 1933: „Vor 60 Jahren wurde Hermann Kasten ermordet“. Privatbesitz Frau Bärbel Döring.

Beatrix Herlemann, „Wir sind geblieben, was wir immer waren, Sozialdemokraten“ Das Widerstandsverhalten der SPD im Parteibezirk Magdeburg-Anhalt gegen den Nationalsozialismus 1930-1945. mdv Mitteldeutscher Verlag Halle/Saale 2001.

Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt: C 20 Allgemeine Abteilung, Oberpräsidium usw.: Ib, Nr. 2049 III; Rep. 24 Sammlung Erinnerungsberichte des SED-Bezirksparteiarchivs Magdeburg: V/1/4.2/275 und Rep. K6 MW VdN Bestand der OdF-Kommission Magdeburg: 376, 913, 3844.

Magdeburger Biografisches Lexikon 2002.



Gerhard Seger
* 16.11.1896
† 21.01.1967
(Quelle: AdsD der FES)

Helmut Hartmann

Der Sozialdemokrat Gerhard Seger (1895 – 1967) widerstand den Nazis oder:

Warum der Beratungsraum der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt den Namen dieses mutigen Reichstagsabgeordneten aus Dessau erhält

Am 10. April 2008 erinnerte der Deutsche Bundestag daran, dass vor 75 Jahren, am 23. März 1933, der Deutsche Reichstag gegen 94 Stimmen der SPD das von Hitler eingebrachte Ermächtigungsgesetz gebilligt hatte. Der Fraktionsvorsitzende der SPD Otto Wels hatte alle anwesenden SPD-Abgeordneten zu dieser mutigen Entscheidung gewonnen. Vorher beantragte er – leider erfolglos –, dass die schon inhaftierten SPD-Abgeordneten freigelassen werden sollten. Denn die SPD hatte insgesamt 120 Abgeordnete. Die 81 KPD-Reichstagsabgeordneten waren ebenso an der Abstimmung gehindert worden, denn die Nazis hatten ihre Mandate bereits am 8. März 1933 gelöscht. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben in ihren Ansprachen auch manche kritische Bemerkungen gemacht, aber „im (falsch verstandenen) Interesse von Volk und Vaterland“ dann doch zugestimmt.

Aus dem heutigen Sachsen-Anhalt gab es 6 SPD-Abgeordnete. Fünf von ihnen waren anwesend und stimmten mit „nein“. Der Reichstagsabgeordnete der SPD für Anhalt I (Stadt Dessau und Region) und Chefredakteur des „Volksblattes für Anhalt“ Gerhard Seger konnte das nicht: er war bereits am 12. März verhaftet worden und damit einer der ersten politischen Häftlinge in Dessau. Bis dahin wohnte er mit seiner jungen Familie in der Kornhausstraße im Konsumgebäude in Ziebigk. Im Juni 1933 konnte seine Frau mit ihrem 1 ½ -jährigen Kind den Vater im Dessauer Gefängnis besuchen. Ein Freund von Gerhard, der dabei sein durfte, erinnert sich: „Der Gefangene sah bleich aus, war aber frisch und elastisch in seinen Bewegungen wie immer. Zunächst begrüßte er Frau und Kind, dann drückten wir uns kräftig und viel sagend die Hand. Es bedurfte nicht vieler Worte. „Grüßt unsere Freunde“, sagte er schließlich. „Ich denke an sie

und an unsere Sache.“ Zehn Minuten Sprechzeit waren vorüber.

Der Freund hat Gerhard nie wieder gesehen. Wenige Tage nach diesem Besuch am 14. Juni 1933 wurde Gerhard Seger mit 41 politischen Häftlingen aus Dessau, überwiegend Kommunisten, in das Konzentrationslager Oranienburg bei Berlin überführt.

In der SPD galt seit 1928 Gerhard Seger als der prominenteste Politiker in Dessau und in Anhalt. Von 1917 – 1922 war er Mitglied der USPD, trat 1923 in die SPD ein. In diesem Jahr wurde er Generalsekretär der deutschen Friedensgesellschaft und geriet in dieser Funktion bereits ins Visier der Konservativen und Militaristen. Gerhard Seger hat sehr früh die große Gefahr erkannt, die dem politischen und gesellschaftlichen Leben in Deutschland von Seiten der Nationalsozialisten drohte. Er klagte: „Ich war erschüttert, zu sehen, mit welchem Fanatismus die Nazis ihre Sache verfechten, meine Kollegen in unserer Reichstagsfraktion haben noch immer keine Ahnung, was für uns alle auf dem Spiel steht.“ Gerhard Seger, geboren 1895, wurde für die Faschisten ihr gefährlichster Gegner aus der SPD. Als der neue Ministerpräsident Freyberg (nach der Landtagswahl im April 1932!) anordnete, „dass der Gedanke der Wehrhaftigkeit und des Wehrwillens in allen Schulen gepflegt wird, damit er Gemeingut des deutschen Volkes wird“, trat Seger als entschiedener Kriegsgegner auf und forderte: „man müsse jeden Reichswehrsoldaten meiden, als ob er die Pest hätte.“ Der mutige SPD-Genosse wurde hasserfüllt angegriffen und erhielt als Ausdruck der Verachtung den Namen „Pest-Seger“. Außerdem wurde er zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurteilt. Jetzt trat der alte, bewährte Arbeiterführer Heinrich Peus noch einmal auf den Plan. „Ich schlage vor, diese Bezeichnung „Pest-Seger“ als Ehrennamen zu akzeptieren. Ja, wir hassen den Krieg wie eine Pest.“ So stellte der alte Genosse sich neben den jungen.

Neben Seger stellte sich auch in der Öffentlichkeit der jüdische Arzt Georg Michelsohn. Unter dem Pseudonym Eli Elkana schrieb er noch bis in die letzten Tage im Januar 1933 für die „Volkszeitung für Anhalt“. Im März 1933 floh Dr. Michelsohn mit seiner Familie aus Deutschland. Nach dem Krieg ist er nicht wieder zurückgekehrt.

Im Oranienburger KZ regierte ein besonders grausamer Lagerkommandant, SA-Sturmbannführer Schäfer. Er war in Preußen unter dem SPD-Innenminister Severing nicht zum Offiziersdienst zugelassen worden. Dafür rächte er sich bei allen SPD-Genossen, die als hilflose Gefangene in sein KZ eingeliefert wurden. Als ihm aus Berlin solche prominenten Gefangenen wie Ernst Heilmann, Fraktionsführer der SPD im Preußischen Landtag, der Sohn Friedrich Eberts und andere SPD-Führer unterstellt wurden, ließ er sie vorführen wie wilde Tiere: „Seht euch diese marxistischen Verbrecher, Schieber, Halunken, Lumpen, diese voll gefressenen Schweine an.“

Gerhard Seger hatte schon nach den ersten furchtbaren Wochen in Oranienburg für sich beschlossen, einen Fluchtversuch zu wagen, auch wenn er ihn das Leben kosten würde. Im Dezember 1933 gelang das Unmögliche. Seger konnte entfliehen. In 22 Stunden gelang es ihm, von Oranienburg bis an die tschechische Grenze zu kommen, diese in der Nacht zu überschreiten. In Karlsbad fühlte er sich sicher. Während eine Großfahndung nach ihm eingeleitet wurde, war er mit Hilfe von Freunden im Taxi, in Reichsbahnzügen und zuletzt über die grüne Grenze zu Fuß unterwegs. Als er es geschafft hatte, bedachte er seine Lage.

„Es war nicht meine Heimat, in der ich nun war, nicht das Land, für das ich im Felde gestanden und dessen Reichsparlament ich angehört hatte. Aber es war eine Welt, in die ich zurückkehrte, in der der Mensch als Mensch gilt, in der keiner so grenzenlos, so abscheulich, so viehisch gequält wird, wie im Deutschland Hitlers. Mit dem Überschreiten der Tschechoslowakischen Grenze war ich zurückgekehrt in die Welt der Kultur, in das Reich der Zivilisation. Ich war aus dem Gefangenen eines KZs wieder zu einem freien Menschen geworden.“

Aber diese glückliche Befreiung verpflichtete auch. Vier Wochen später erschien in Karlsbad die Broschüre „Oranienburg“, erster authentischer Bericht eines aus dem KZ Geflüchteten, mit einem Geleitwort von Heinrich Mann, Verlagsanstalt Graphia Karlsbad 1934. Bereits im ersten Jahr erschien eine Rekordauflage von 200.000 Exemplaren. Noch im gleichen Jahr erschienen Übersetzungen in norwegischer, schwedischer, dänischer, holländischer und französischer Sprache, 1935 eine

englische Ausgabe. Gerhard Segers Fluchtgeschichte wurde zu einer der wichtigsten Quellen für Anna Seghers berühmten Roman „Das siebte Kreuz“.

Der Oranienburgbericht brachte so viele Fakten und Details, genaue Angaben über die verantwortlichen Personen – die Naziführer tobten. Der Gauleiter Loeper machte den Sturmbannführer Schäfer persönlich für die gelungene Flucht verantwortlich und hatte ihn öffentlich auf dem Hof des KZ geohrfeigt. Als Lagerkommandant bekam er den Auftrag, eine Gegenschrift zu verfassen mit dem Titel: „Das Anti-Braunbuch über das erste deutsche Konzentrationslager“. Segers Broschüre war aber weltweit schon so verbreitet, dass die Gegenschrift wirkungslos blieb. In Dessau und Anhalt soll gleich in den ersten Wochen Segers Broschüre weit verteilt worden sein.

Da dachten sich die Nazis in Dessau eine ganz besondere Strafe für den „Pest-Seger“ aus. Sie inhaftierten die junge Frau Seger mit ihrem 1 ½-jährigen Kind und schickten sie in das KZ Roßlau, in dem nur männliche Gefangene untergebracht waren. Ältere Bürger von Roßlau können sich noch an die junge Frau erinnern, die 1934 jeden Tag eine Stunde lang ihr kleines Kind in den Straßen Roßlaus ausfahren durfte, immer in Begleitung eines Polizisten. Diese Maßnahme erregte einen Sturm der Empörung in europäischen demokratischen Staaten. In England protestierten politische und kirchliche Organisationen. Einige ihrer Vertreter reisten nach Dessau und verlangten vor Ort die Ausreise von Frau Seger mit Kind. In Spanien rief eine Frauenorganisation zu weltweiten Protesten auf. Endlich begriffen die deutschen Behörden, welchen Schaden sie angerichtet hatten. Sie ließen Frau Seger mit ihrem Kind nach London ausreisen.

Gerhard Seger wurde nicht müde, auf insgesamt 150 Veranstaltungen in den verschiedensten Ländern die Verbrechen der Nationalsozialisten in Deutschland anzuprangern. Schließlich ließ er sich mit seiner Familie in den USA nieder und wurde Chefredakteur einer 1878 gegründeten „Neuen Volkszeitung“ für deutsche Sozialdemokraten, die sich in den USA angesiedelt hatten. 1941 schrieb er in einem Artikel: „Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass Chinesen und Neger, Amerikaner englischer oder anderer Herkunft ungleich leidenschaftlicher an der Bekämpfung der Nazi-Propaganda interessiert sind, als die

Deutsch-Amerikaner.“ Mit seinen ehemaligen Landsleuten hatte es Seger viel schwerer.

Vor dem Militärtribunal in Nürnberg wurde Seger als Zeuge vernommen. Die deutsche Botschaft in den USA schätzte ihn als kundigen Berater. 1967 starb Gerhard Seger in New York.

Literatur:

Konzentrationslager Oranienburg, Augenzeugenberichte von Gerhard Seger und Max Abraham.
Verlag für Berlin-Brandenburg 2003 (70 Jahre nach dem Erstdruck in Karlsbad)

„Volksblatt“, Herausgeber SPD für Provinz Sachsen, 56. Jahrgang Nr. 38, 19.10.45,
„Der Fall Seger, vom Gefängnis zum KZ – Die Flucht ins Ausland“, Abschrift 10.11.87

KZ Oranienburg, Das Anti-Braunbuch über das erste deutsche KZ, von SA-Sturmbannführer Schäfer, Lagerkommandant

Walter Scheiffele, Bauhaus – Junkers – Sozialdemokratie – Ein Kraftfeld der Moderne,
Verlag Form und Zweck, Berlin 2003

Beatrix Herlemann, „Wir sind geblieben, was wir immer waren, Sozialdemokraten“,
Mitteldeutscher Verlag Halle 2001

Torsten Kupferm, Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt 1918 – 1933,
Weimar/Köln, 1996

Dr. Andreas Schmidt

Franz Peters stimmte gegen das „Ermächtigungsgesetz“

Am 23. März 1933 trat der letzte demokratisch gewählte Reichstag zusammen, um über einen Gesetzentwurf der am 30. Januar an die Macht gelangten Hitler-Regierung abzustimmen, mit dem dieser Regierung diktatorische Vollmachten übertragen werden sollten. Die Reichstagswahlen am 5. März 1933 hatten bereits unter den Bedingungen des nationalsozialistischen Terrors stattgefunden, der sich vor allem gegen Sozialdemokraten und Kommunisten richtete. Dennoch wählten die Deutschen SPD, die damit 120 Sitze gewann. Am 23. März verlangte Hitler vom Reichstag eine Legitimation für die Diktatur, die er längst begonnen hatte, zu errichten – ein Ermächtigungsgesetz.

Während sich die bürgerlichen Parteien auf eine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz verständigten, stand für die SPD-Fraktion außer Frage, dass sie die Selbstaufgabe der Demokratie ablehnen würde. Nur 94 Reichstagsabgeordnete der SPD konnten am 23. März 1933 „nein“ zur Diktatur sagen. Neun Parlamentarier, darunter Gerhard Seger aus Dessau, befanden sich in Haft, einige weitere hatten aus Deutschland fliehen oder untertauchen müssen. Julius Leber und Carl Severing wurden direkt vor dem Sitzungssaal verhaftet. Sechs Sozialdemokraten aus dem heutigen Sachsen-Anhalt nahmen an der Abstimmung teil: Dr. Fritz Bade, Dr. Paul Hertz, Karl Höltermann, Nikolaus Bernhard, Ernst Reuter und Franz Peters. An Franz Peters soll in diesem Beitrag erinnert werden.

Franz Peters wurde am 18. Dezember 1888 in der Gemeinde Giebichenstein bei Halle geboren. 1906 trat der gelernte Maurer dem Bauarbeiterverband bei. 1907 wurde er Mitglied der SPD. Nach Jahren ehrenamtlichen Engagements wurde er im März 1914 Angestellter seiner Gewerkschaft in Halle. Im Februar 1915 zum Kriegsdienst einberufen, kehrte er Ende 1918 nach Halle zurück. 1917 hatte sich der Großteil des SPD-Unterbezirksverbandes Halle der USPD angeschlossen. Peters stürzte sich sofort in die politische Arbeit für die USPD, als deren Sekretär für den Bezirk Halle-Merseburg er ab Juni 1919 fungierte.



Franz Peters
* 18.12.1888
† 11.08.1933
(Quelle: Privat)

1920 gehörte er zur Minderheit der Unabhängigen Sozialdemokraten in Halle, die sich entschieden, auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie zu bleiben und sich nicht der KPD anschlossen. Zwei Jahre später kehrte er mit der Rest-USPD in die SPD zurück. Der Bezirksvorstand Halle-Merseburg der wiedervereinigten SPD beschäftigte ihn weiter als Bezirkssekretär und entsandte ihn in den zentralen Parteiausschuss. Beide Funktionen hatte er bis 1933 inne. Im Dezember 1924 wurde Peters in den Reichstag gewählt. In den folgenden Jahren entwickelte er sich zur unbestrittenen Führungsfigur der halleschen SPD. 1927 machte der Bezirksverband ihn zu seinem Vorsitzenden. 1929 wählten die Hallenserinnen und Hallenser ihn in die Stadtverordnetenversammlung, wo er bis 1933 die SPD-Fraktion führte. Als bekanntester hallescher Sozialdemokrat stand er in den letzten Jahren der Weimarer Republik unter besonders hohem Druck. Sein Einsatz für die Demokratie machte Peters zu einem bevorzugten Hassobjekt der Nationalsozialisten. Seit Beginn der 30er Jahre musste er zeitweise unter Polizeischutz gestellt werden. Infolge dieses Drucks und der andauernden hohen Arbeitsbelastung litt Franz Peters seit Beginn der 30er Jahre unter einer Herzkrankheit, die ihn seit Anfang 1933 zu einer Einschränkung seiner Aktivitäten zwang.

Trotz dieser gesundheitlichen Belastung entschied er sich dafür, zu den Sitzungen des Reichstages vom 21. – 23. März zu reisen, um „nein“ zur Diktatur zu sagen, und nahm damit das Risiko von Verhaftung und gewaltsamen Übergriffen auf sich.

Wenige Wochen nach dem Beschluss des Ermächtigungsgesetzes – am 10. Mai 1933 – wurde Franz Peters verhaftet. Im Untersuchungsgefängnis verschlechterte sich sein Gesundheitszustand dramatisch. Am 11. August 1933 starb er an den Folgen der Haft. Er wurde auf dem halleschen Südfriedhof begrabt. Die hallesche SPD wird dafür Sorge tragen, dass seine Grabstätte dauerhaft erhalten bleibt.

Bernd Biedermann

Und plötzlich war alles anders - Erinnerungen an eine stürmische (Wende)Zeit

Magdeburg, 23. Oktober 1989, abends:

Eigentlich wollte ich jetzt mit meiner Uschi ein Fläschchen Rotwein trinken, weil ich morgen zu einem dreitägigen Lehrgang reisen muss.

Doch nun spaziere ich mit mehreren tausend Magdeburgern schweigend durch die Karl-Marx-Straße. In der Hand halte ich einen kleinen Zettel mit „Acht Erinnerungen auf dem Weg der Erneuerung“.

Vor zwei Stunden hatte ich die Weinflasche entkorkt, wollte dann nur mal kurz zum benachbarten Dom schauen, da in den letzten Tagen in Magdeburgs Fabriken, Büros und Schulen so einiges gemunkelt wurde. Hier waren bereits so viele Menschen versammelt, dass es mir nicht glückte, ins Dominnere zu gelangen. Doch dank Lautsprecher bekamen die Hunderte außerhalb des Domes mit, dass an diesem Abend in Magdeburg die erste Großdemo stattfinden sollte. In Leipzig, Berlin, ja sogar in Karl-Marx-Stadt waren bereits Hunderttausende auf die Straße gegangen, um gegen die SED zu protestieren, die sich 40 Jahre lang das Recht einer absoluten Herrschaft über uns DDR-Bürger angemäht hatte.

Endlich, an diesem spätherbstlichen Montag war es nun auch in meiner Heimatstadt soweit.

Nicht zufällig war der Dom der Ausgangspunkt, denn seit Mitte September fanden hier regelmäßig Montagsgebete statt und von Woche zu Woche nahmen daran mehr Menschen teil. Als im Dom das Schlusswort gesprochen war, strömten die Massen hinaus. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass im Dom Platz für so viele Menschen ist. Es war sagen- oder besser märchenhaft, gerade wie im Grimmschen Märchen vom süßen Brei aus dem Wundertöpfchen. Weit im hinteren Viertel des Demonstrationszuges reihte ich mich ein. Obwohl meine bessere Hälfte zu Hause bestimmt schon unruhig wurde, musste ich mit, ich konnte nicht anders. Mit etwa Zwanzigtausend marschiere ich nun, noch immer schweigend, über Wilhelm-Pieck-Allee, Otto-von-Guericke-Straße, Danzstraße zurück zum Dom. Hier werfe ich noch schnell einen Blick auf das riesige Kerzen-

meer, denn alle mitgeführten Kerzen wurden dort abgestellt, und sprinte nach Hause, um meine Frau zu beruhigen.

Sie ist sauer, dafür hat aber der Rotwein inzwischen sein volles Aroma entfaltet. Aufgewühlt schildere ich ihr dann meine abendlichen Erlebnisse.

Von nun an war Uschi dabei. Gemeinsam besuchten wir Kundgebungen, Foren, Diskussionsrunden, schlossen uns den Sozialdemokraten an, organisierten als Mitglieder des Ortsverbands Mitte ein Straßenfest in der Einsteinstraße, Kinderfeste auf dem Spielplatz Hegelstraße und Seifenkistenrennen im ehemaligen Pionierpark, schrieben Texte für kleine Zeitungen und vervielfältigten bis nach Mitternacht, bis der Kopierer streikte.

Trotz unserer Erziehung in der DDR hatten wir plötzlich mehr Mut und weniger Angst.

Auch das war neu: 1990 saßen wir sonntags manchmal von früh bis spät in einem Lokal, im Wahllokal. Trinken und Essen war spartanisch, aber am Ende durften wir reichlich Stimmen zählen, lag die Wahlbeteiligung am 18. März 1990 in Magdeburg doch deutlich über 90 %. Über das Ergebnis der ersten freien Volkskammerwahl breite ich hier lieber das Tuch des Schweigens, schreibe lieber von anderem Neuen in den Jahren 1989/90:

Und plötzlich war alles anders ...

... plötzlich wurden lange vor dem ersten Advent Kerzen angezündet und durch die Gegend getragen oder standen in Fenstern an der Demostrecke, obwohl die meisten Hausbewohner sich noch ängstlich hinter der Gardine versteckten.

Domprediger Giselher Quast sprach vor den Demos oft vom Osterlicht. Dies gab mir als Atheisten dann doch einige Rätsel auf. Wieso Osterlicht? Das wusste ich aber nun genau: Vor Ostern kommt auf jeden Fall noch Weihnachten! Die Demo endete mal auf dem Alten Markt mit einer Diskussionsrunde bei allerdings kerzenfeindlichem Wetter, denn es regnete in Strömen, mal vor der Dienststelle der verhassten Staatssicherheit in der Walther-Rathenau-Straße.

Dort stellten wir die mitgeführten Kerzen auf Treppenstufen ab oder pappten sie an Mauervorsprüngen fest. Es müssen weit über tausend Kerzen gewesen sein, das Gebäude des undurchsichtigen und auf Verschleierung bedachten Sicherheitsapparates war jedenfalls symbolisch hell erleuchtet.

Unvergessen wird mir auch der sowjetische Offizier bleiben, der, mit einer brennenden Kerze in der Hand, an einer Haltestelle auf die Straßenbahn wartete. Dies war im Juni des Jahres 1953 völlig anders!

Und plötzlich war alles anders ...

... plötzlich gingen wir als Atheisten zum Beten und Singen in den Dom, meistens montags zum Gebet um gesellschaftliche Erneuerung. Da wohl nicht nur wir textunsicher waren, lag ein Liedblatt aus.

Die eindeutige Nummer eins, als solche auch gekennzeichnet, begann nach einem Text von Friedrich Schorlemmer wie folgt:

„Lieb den Land,
brich die Wand,
vergib dem Feind,
such, was eint,
und sag es weiter.“

Und plötzlich war alles anders ...

... plötzlich war ich doch noch ein Genosse in der DDR geworden, das, was ich bisher vermeiden konnte. Die Anrede Genosse konnte in jener Zeit sehr unterschiedliche Reaktionen hervorrufen, weshalb wir sie innerhalb der Partei kaum gebrauchten.

Im November meinte ich zu Uschi, dass wir uns irgendwo für das Neue einbringen sollten. Während ich noch zwischen Grün und Rot schwankte, nannte sie ohne Wenn und Aber – SDP. Wie bei so vielen, fiel meine Entscheidung nach der Rede Willy Brandts auf dem Domplatz am 19. Dezember 1989, als er mit seiner etwas kratzenden Stimme den zahlreich versammelten Magdeburgern zurief: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört!“

Am 25. Januar 1990 wurden wir in unmittelbarer Nähe des Doms, in den Räumen der ehemaligen FDJ-Bezirksleitung Sozialdemokraten.

Und plötzlich war alles anders ...

... plötzlich gab es trotz des feucht-kalten Wetters jede Menge Wendehälse, obwohl diese Vögel eigentlich bereits Mitte August gen Süden ziehen und nicht vor Ende März zurückkehren.

Geradezu massenhaft wurden sie in den Parteien gesichtet, die bis zuletzt mit der SED die Nationale Front bildeten, jene Par-

teilen, auch Blockflöten genannt, die die SED noch links überholen wollten.

In unserem Büro war nicht unerwartet der SED-Parteisekretär ein besonders großes Exemplar. Nervte er uns im Oktober noch mit Zitaten aus dem „Neuen Deutschland“, wedelte er nach dem 9. November immer öfters mit der „Bild“ herum.

Ende September, als die Ausreisewelle über Österreich anhielt, sich die Lage in der Prager Botschaft zuspitzte, lud mein damaliger Chef seine Genossen zum monatlichen Parteilehrjahr. Mich interessierte schon, worüber man in der SED „diskutierte“. So frage ich anderntags meine Kollegen. Doch alle hatten sich für diese Veranstaltung eine Ausrede einfallen lassen. Nur unser ältester Kollege war arm dran – er hatte keine. Über eine Stunde wurde der Fastrentner vom Chef belöffelt. Und trotzdem konnte er mir meine Frage nicht beantworten: Er hatte für diese Stunde sein Hörgerät abgestellt!

Und plötzlich war alles anders ...

... plötzlich wurden Unterschriftensammlungen nicht von oben, nicht von SED, FDJ und anderen Staatsorganen organisiert. Wenn ich mich recht erinnere, unterschrieb ich noch vor dem 23. Oktober im Dom die Forderung nach Reisefreiheit für alle DDR-Bürger. Da ich wirklich keine Westtante besaß, viele Bonzen hatten diese bis dahin nur geleugnet oder sich schriftlich losgesagt, hätte ich wohl nie westwärts reisen dürfen. Noch Jahre später, wenn ich beim Berlin-Marathon durchs Brandenburger Tor lief, den Eiffelturm Stufe für Stufe erkletterte oder die Londoner Tower-Bridge überquerte, musste ich an einen Spruch vom Domplatz denken: Weltanschauung kommt auch von Welt anschauen!

Und plötzlich war alles anders ...

... plötzlich gab es Wendungen in der Wende.

Wir sind *das* Volk - so hieß die Parole im Herbst 89, so fordereten wir unser Mitspracherecht ein. Doch bald hieß es immer öfter – Wir sind *ein* Volk!

Anfangs sah ich bei den Demos nur eine schwarz-rot-goldene Fahne, jene mit einem Loch in der Mitte, dort wo einst Hammer, Zirkel und Ährenkranz zu sehen waren. Im neuen Jahr dominierte zunehmend Schwarz-Rot-Gold, marschierten jene mit, die möglichst schnell „Alu-Chips“ gegen „Westgeld“ tauschen wollten. Und der amtierende Bundeskanzler Kohl sagte das,

was diese Menschen hören wollten. Das Ergebnis ist bekannt, spiegelt sich deutlich in den Prozentzahlen der ersten freien DDR-Volkskammerwahl wieder. Als sich ein Jahr später in den neuen, besser, jungen Ländern die Ernüchterung breit gemacht hatte, hörte man das Wort von der neuen Demarkationslinie. Denken Uschi und ich heute an den 23. Oktober 89 und die anschließenden Wochen und Monate zurück, können wir die Worte der Fernsehmoderatorin Maybrit Illner nur bestätigen: „Die DDR war zu Ende, als sie anfing, Spaß zu machen.“

Dr. Tilo Heuer

Wie sich mit der Gründung des Ortsvereins Kötzschau mein Lebensweg veränderte

Obwohl Kötzschau im Herzen des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes liegt und seit dessen Industrialisierung Wohnort für viele Arbeiter von Betrieben besonders aus den Leipziger Vororten und später der Leuna- und Bunaerwerke war, gibt es hier keine Zeugnisse einer sozialdemokratischen Tradition aus der Zeit vor 1933. Erst der Untergang der DDR und die neue Zeit brachten es mit sich, dass sich eine Gruppe von Leuten fand, diese notwendige gesellschaftliche Kraft auch in meinem Heimatdorf zu organisieren.

An den Montagsdemonstrationen in Leipzig hatten wir teilgenommen, allerdings jeder für sich, ohne voneinander zu wissen. Ich war seit der machtvollen Demonstration des 16. Oktober regelmäßig dabei, aber bald wurde mir klar, dass es nicht ausreicht, einmal in der Woche in Leipzig zu demonstrieren. Die Ahnung vom Anbruch einer neuen Zeit verlangte nach der Organisiertheit in einer Partei, um die Gesellschaft mitgestalten zu können. Für mich kam nur die SPD in Frage - auf keinen Fall durfte es eine Blockpartei sein. Elternhaus, Westradio und -fernsehen hatten meine politische Anschauung geprägt. Ausschlaggebend waren die beeindruckenden Persönlichkeiten Helmut Schmidt und Willy Brandt.

Im Dezember hörte ich zum ersten Mal, dass es sozialdemokratische Aktivisten in der Kreisstadt Merseburg gäbe. Bald darauf riefen diese auch tatsächlich zu einer Einwohnerversammlung in unserer Nachbarstadt Bad Dürrenberg auf. Der Saal des Salineklubhauses war an jenem Sonnabendvormittag Anfang Januar überfüllt. Diskutiert wurden alle Themen der damaligen Zeit von freien Wahlen, Umweltverschmutzung, Zeitungsmonopol der SED und ihrer Blockparteien bis zur Zukunft der volkseigenen Chemiekombinate. Im Präsidium saß u.a. Karl-Heinz Schilling, ein Kötzschauer, der – wie er später erzählte - aus einer alten sozialdemokratischen Leipziger Familie stammt. Sein Vater war Wohngebietssekretär gewesen und hatte SPD-nahe Jugendliche im Sportverein betreut. Er selbst half als Jugendlicher seinem Vater bei der Parteiarbeit und war nach dem Krieg SPD-Mitglied bis zur Zwangsvereinigung. Auch meinen

alten beliebten Klassenlehrer Heinz Häußler traf ich dort, der wegen seiner Aufrichtigkeit im Dorf eine geschätzte und respektierte Persönlichkeit und für mich stets ein Vorbild war. 1950 war er als so genannter Neulehrer nach Kötzschau gekommen und hätte wegen seiner Fähigkeiten Schulleiter werden können, wenn er in die SED eingetreten wäre, was er aber nicht wollte. Die Resonanz der Versammlungsteilnehmer zu einem Eintritt in die SPD hielt sich in Grenzen, aber wir Kötzschauer fühlten uns nach der Veranstaltung als Mitglieder des soeben ohne jegliche Formalitäten gegründeten Bad Dürrenberger Ortsvereins. Trotzdem verabredeten wir uns jedoch, separat in Kötzschau zusammenzukommen und dazu interessierte Freunde und Bekannte mitzubringen.

Nach Hause zurückgekehrt beschlossen wir, einen eigenen Ortsverein ins Leben zu rufen, denn immerhin waren wir inzwischen 10 Mitstreiter. Zur Gründungsveranstaltung war der Bad Dürrenberger Ortsvereinsvorsitzende Gerhard Hoffmann als "Geburtshelfer" und „Zeuge“ eingeladen, weil wir glaubten, durch die Anwesenheit eines „Offiziellen“ die für uns unbekannteren Regeln einer demokratischen Partei weitgehend zu erfüllen. Gründungslokal und anfänglicher Versammlungsort war die Gaststube im Ortsteil Thalschütz, später der kleine Frisörladen meiner Frau. Zum ersten Kreisparteitag der SPD Ende Februar 1990 im alten Rathaus von Merseburg waren wir Kötzschauer schon ein etablierter Ortsverein, auf den man zählen konnte.

Hauptgesprächsthema unserer Treffen war die bevorstehende Wahl zur Volkskammer am 18.3.1990, unsere Unerfahrenheit in der politischen Arbeit und die mehr als bescheidenen Möglichkeiten für einen Wahlkampf. Unerwartet meldete sich Klaus Mock aus dem niedersächsischen Achim, der damals Geschäftsführer des dortigen SPD-Unterbezirks war, und bot Hilfe an. Er war in Merseburg geboren, hatte hier seine Kindheit verbracht und wollte nun aus Überzeugung und alter Verbundenheit Aufbauhilfe für die SPD-Organisation in unserer Gegend leisten. Durch ihn kam es in den folgenden Wochen zu vielen fruchtbaren Treffen niedersächsischer Genossen mit SPD-Gruppen zwischen Merseburg und Weißenfels. So vermittelte Klaus Mock u.a. einen Kontakt des Merseburger Ortsvereins zu Genossen aus Stade, aus dem sich eine besondere Verbundenheit des damaligen Stadener Oberstadtdirektors Dr. Jürgen Schneider zu Merseburg entwickelte. Dr. Jürgen Glietsch, 1990 bis 2001 Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister von Merse-

burg, und auch ich haben in unserer späteren Arbeit viel Hilfe und gute Ratschläge von Jürgen Schneider erhalten, als dieser Innenstaatssekretär in der Regierung Reinhard Höppners war. An derart radikale Sprünge in unseren Biographien wagte zu dieser Zeit aber kaum jemand denken ...

Klaus Mock hatte den Ortsverein Kirchlinteln aus dem Landkreis Verden gewonnen, unseren Ortsverein Kötzschau zu unterstützen. Dessen Vereinsvorsitzender Wilfried Liebethuth, ein Lehrer, widmete sich uns mit großer Begeisterung. Er brachte Plakate von vergangenen Wahlen, deren Aussagen aber noch brauchbar waren, Papierbögen mit rotem SPD-Logo zur Selbstgestaltung, Handzettel zum Verteilen in Briefkästen und vieles mehr ... aber vor allem seine große Erfahrung aus vielen Jahren Parteiarbeit und Kommunalpolitik. Wir gaben uns gemeinsam viel Mühe, aber es half alles nur wenig. Je näher die Volkskammerwahl rückte, desto mehr erfüllte uns die Sorge über ihren Ausgang: Der Stimmungswandel in der Bevölkerung zu Gunsten der CDU war nicht zu übersehen. Wir waren am Ende sehr enttäuscht. Die CDU war doch hier vier Jahrzehnte eine Blockpartei gewesen!

Auch in Sachen Demokratie sollten wir in diesen Wochen den ersten Nachhilfeunterricht von den neuen Freunden aus Kirchlinteln erfahren, denn bald standen die ersten freien Kommunalwahlen vor der Tür und wir brannten förmlich darauf, in der Gemeindevertretung mitzuarbeiten. Dafür musste kommunalpolitische Literatur studiert werden, die Vokabeln enthielt, von denen wir noch nie gehört hatten. Wir formulierten gemeindliche Entwicklungsziele und hatten dabei große Mühe, zu differenzieren in wirklich kommunale Angelegenheiten, staatliche Zuständigkeiten und Privatsachen. Die neue demokratische Denkweise war einfach noch zu ungewohnt.

Clou unseres Kommunalwahlkampfes war die erste Nummer einer kleinen selbstgefertigten kostenlosen Zeitung im April 1990. „Nestbote“ hatten wir sie genannt nach dem weithin bekannten Storchennest am ehemaligen Rittergut, aber auch in selbstverspottender Anspielung auf die Gemeindegröße Kötzschau. „Mit uns in die neue Zeit“, die Überschrift des ersten Artikels war eine Prognose, die sich bewahrheiten sollte. Seit 18 Jahren sind Kötzschaus Sozialdemokraten eine geachtete Kraft in der Gemeinde- und Kreispolitik. Die erste Nummer und auch die folgenden kamen gut an, aber leider hatte unser Orts-

verein später nicht das Geld und die Kraft, an seinem Ziel festzuhalten, sie zweimal pro Jahr herauszugeben.

Dass wir bis wenige Tage vor der Kommunalwahl keinen eigenen Bürgermeisterkandidaten hatten, war unser größtes Problem und bedrückte uns sehr. Befürchtungen, die bisherige SED-Bürgermeisterin könnte bleiben, wurden nicht nur im Ortsverein laut, sondern beschäftigten die Mehrheit der Einwohner. Am Ende spitzten sich die Diskussionen im Ortsverein auf meine Person zu. Schließlich erklärte ich mich kurz entschlossen zur Kandidatur bereit, wurde im Sommer vom Gemeinderat als hauptamtlicher Bürgermeister gewählt und gab meine Arbeit als Physiker in der Polymerforschung des Leunawerks nach 21 Jahren auf. Das sollte aber erst der Beginn einer völligen Veränderung meines Berufslebens werden, das ich im Sommer 2007 nach 13 Jahren Landratstätigkeit im Kreis Merseburg-Querfurt abschloss.

Dr. Reinhard Höppner

Von den Anfängen der SPD in der DDR

Vorbemerkung

Mein Beitrag ist der eines Zeitzeugen. Er will und kann historische Betrachtungen nicht ersetzen. Ich habe also bewusst auf Daten und Fakten verzichtet, die man in einschlägiger Literatur nachlesen kann. Ich liefere Mosaiksteine, hoffentlich typische, die die Situation der SPD in unserem Land Anfang der neunziger Jahre verständlich machen können. Meine Sicht ist einseitig, nicht nur, weil jede Sicht eines Zeitzeugen einseitig ist und Erinnerungen immer sehr subjektiv. Ich habe praktisch bis zur Landtagswahl 1990 in Berlin gearbeitet, zunächst noch im Akademie-Verlag Berlin, dann als Vizepräsident der Volkskammer. Auch danach habe ich mich nie vorrangig mit Parteiarbeit beschäftigt, denn wir hatten eine vorzüglich funktionierende Zusammenarbeit zwischen dem Parteivorsitzenden Rüdiger Fickentscher und mir als Fraktionsvorsitzendem der Landtagsfraktion. Und doch dürften einige meiner Erinnerungen für das Gesamtbild von Interesse sein.

Vorgeschichte

Für mich beginnt die Geschichte der SPD bereits im August 1989. Ich fuhr mit Markus Meckel, dem letzten Außenminister der DDR, im Auto zu einer kirchlichen Veranstaltung nach Halle. Da reichte er mir ein Konzeptionspapier für die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR. Er wollte meine Meinung wissen. Ich war höchst überrascht. Zwar lagen die gravierenden Veränderungen in der DDR schon in der Luft. Viele Gruppen hatten mutig Vorstellungen für notwendige Veränderungen in der DDR entwickelt. Aber von der Gründung von offiziellen Zusammenschlüssen, die sich dies auf die Fahne schreiben würden, hatte ich noch nichts gehört. Auch die Gründung des Neuen Forums stand noch nicht auf der Tagesordnung. Die verschiedenen Gruppen hatten sich ja vor allem unter dem Dach der Kirche gebildet. Ohne diesen Schutz wären sie ungeschützt in die Mangel des Staatsapparates genommen worden. Nun wollten einige also dieses Dach der Kirche verlassen.

Die Gründung eines Vereins hätte ich wohl für möglich gehalten. Schließlich war das auch nach der DDR-Verfassung nicht verboten. Die Gründung einer Partei musste die DDR als eine direkte politische Konfrontation verstehen. Eine neue sozialdemokratische Partei! Das wäre ein Aufruf zur Spaltung der SED gewesen. Schließlich gehörte die „Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse“, wie wir alle gelernt hatten, zu den größten Errungenschaften der deutschen Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg. „Das ist zu früh“, war meine erste Reaktion. Er nahm meine Meinung zur Kenntnis und das Papier wieder an sich. Was wir damals beide nicht ahnen konnten war, dass die Verhältnisse sich von nun an praktisch täglich veränderten. Das Datum, auf das alle politischen Kräfte der DDR konzentriert waren, war der 7. Oktober, der 40. Jahrestag der DDR. Bis dahin, so hatte man den Eindruck, musste die Fassade halten. So war es konsequent, die Gründung der SDP auf den 7. Oktober zu datieren. Die Sicherheitskräfte würden bis zu diesem Tag und gerade auch am 7. Oktober mit den Feierlichkeiten in Berlin beschäftigt sein. Die Nachricht über eine Parteigründung würde sich frühestens am nächsten Tag verbreiten.

Markus Meckel verschwand Anfang Oktober aus seinem Pfarrhaus in Niederndodeleben. Keiner wusste, wo er sich aufhielt. So hatten sie es verabredet, damit nicht durch vorzeitige Verhaftungen ein Zusammentreffen der Gründungsmitglieder verhindert werden konnte. Die Rechnung ging auf. Durch Markus Meckel war Sachsen-Anhalt von Anfang an an dieser Neugründung der Sozialdemokratischen Partei beteiligt.

Das neue Forum

In den ersten Septembertagen suchte ich Hans-Joachim Tschiche, den ich schon lange als Leiter der Evangelischen Akademie kannte, in seiner Geschäftsstelle in Magdeburg auf. Es hatte sich die Nachricht von einer bevorstehenden Gründung eines Neuen Forums herumgesprochen. Ich wusste von der beabsichtigten Gründung der SDP und hielt eine Zersplitterung der oppositionellen Kräfte für eine Gefahr. Hans-Jochen Tschiche kannte sich in der Berliner Szene gut aus. Ich wollte mit ihm über die Möglichkeit sprechen, eine solche Zersplitterung zu verhindern. In der Akademie herrschte reges Treiben. Sie war ein Sammelpunkt vieler in der Opposition engagierter

Leute. Offenbar war man bereits mit Gründung des Neuen Forums in Magdeburg beschäftigt. Ich hatte gleich den Eindruck, zu spät zu kommen.

Wir hatten ein kurzes, aber intensives Gespräch. Sehr bald zeigte sich: Der Zug, die Kräfte der Opposition in einer Organisation zu bündeln, war abgefahren. Das lag freilich nicht nur daran, dass diese Aktivitäten nicht rechtzeitig koordiniert worden waren. Der Hauptgrund war, dass die Berliner Gruppen, von denen die Initiative zur Gründung oppositioneller Vereinigungen ausging, unter sich so zerstritten waren, dass sich keine gemeinsame Basis finden ließ. Schon über die Frage, ob eine neue Partei gegründet werden solle oder doch lieber eine lose Vereinigung, unter deren Dach sich auch sehr unterschiedliche Strömungen würden zusammenfinden können, war umstritten. Ich war erinnert an mein Gespräch mit Markus Meckel im Auto, wo auch wir diese Meinungsverschiedenheit schon hatten. Immerhin wussten wir nun voneinander. Für mich war es wichtig, wenigstens diesen Versuch unternommen zu haben.

Weiterer Zulauf

Zentraler Sammelpunkt für die Oppositionsbewegung war in Magdeburg der Dom. Seit Jahren hatten dort Friedensgebete am Barlach-Denkmal stattgefunden, deren Teilnehmerzahl sich in den Septemberwochen von Woche zu Woche verdoppelte. Mitte Oktober war der Dom überfüllt. Spannendes lässt sich über diese Friedensgebete und die ab dem 16. Oktober anschließend stattfindenden Demonstrationen erzählen. Für die SPD (SDP) war wichtig, dass im Dom im Oktober die Möglichkeit geschaffen wurde, dass alle neu gegründeten Vereinigungen sich vorstellen konnten. Auf einem Schwarzen Brett waren die jeweiligen Kontaktadressen angegeben. So konnte jeder, der sich einer dieser Vereinigungen anschließen wollte, Kontaktpersonen in seiner Nähe finden. Die Teilnehmer kamen ja keineswegs nur aus der Stadt, sondern auch aus der weiteren Umgebung. Das führte dazu, dass bald an den verschiedensten Orten Ortsvereine der SDP gegründet wurden. Eine Koordinierung dieser Aktivitäten war zunächst fast unmöglich. Entsprechend bunt war also auch das, was dann schließlich zusammenfinden musste.

Turbulent war auch die erste Delegiertenkonferenz (von einem Parteitag kann man wohl noch nicht reden) Anfang Januar 1990 in der ehemaligen Parteihochschule der SED in Magdeburg. Es

ging viel um Organisations- und Satzungsfragen. Mit Geschäftsordnungsfragen hatte kaum jemand Erfahrung. Da erwies es sich als außerordentlich hilfreich, dass ich als Präses der Synode (Präsident des Kirchenparlamentes) damit jahrelange Erfahrungen gesammelt hatte. So konnte ich wesentliche Teile der Sitzungen (wie übrigens auch bei der ersten DDR-weiten Delegiertenkonferenz im Haus des Lehrers in Berlin) leiten. Die notwendigen Geschäftsordnungen hatte ich aus dieser Erfahrung heraus geschrieben. Satzungen mussten verabschiedet werden. Im Rückblick kann ich mich nur wundern, wie viel Improvisationstalent alle Beteiligten aufbrachten, denn am Ende gab es eine einigermaßen geordnete Partei mit Statut, Vorstand und Vorsitzendem. Wir waren für die vor uns liegenden Aufgaben gerüstet.

Die Zufälligkeiten

Wer viele Schwierigkeiten der Partei in den späteren Jahren verstehen will, muss in diese Anfangswochen zurückblicken. Es gab praktisch keine Stelle, in der jemand die Übersicht darüber hatte, wer wo auf dem Lande einen SPD-Ortsverein gründete. Und selbst wenn der Stadtverband der SPD in Magdeburg für diesen Bezirk eine gewisse Knotenstelle war, so ließ sich von hier aus doch nicht einschätzen, ob die Initiatoren von Neugründungen zu den Zielen der SPD standen, welchen besser geeigneten Personen sie möglicherweise zuvorkamen oder welche eigennützigen Ziele sie dabei verfolgten. Die Frage, wer zur SPD kam, war von vielen Zufällen abhängig, vor allem wohl von der Frage, wer wen kannte und zu wem Vertrauen hatte. Dabei ist es auch zu einigen Pannen gekommen, die bis heute gravierende Nachwirkungen haben. Ich erzähle einige Beispiele:

In einer Kreisstadt ergriffen Menschen die Initiative zur Gründung der SPD, die im Ort nicht viel Ansehen hatten. Der Bürgermeister, der sich eigentlich gerne für die SPD hätte gewinnen lassen, konnte es sich nicht leisten, mit ihnen zusammenzuarbeiten, wenn er nicht seinen Ruf in der Bevölkerung ruinieren wollte. Die fünf Personen blieben über Jahre ein ziemlich abgeschlossener Zirkel. Alle Vermittlungsversuche kamen zu spät.

In einem anderen Ort hatte ein Inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes die SPD gegründet. Das war natürlich damals nicht bekannt. Er dominierte die kleine SPD vor Ort so, dass andere nicht zum Zuge kamen oder sich abwandten. Selbst als seine Verbindung zum MfS aufgedeckt wurde reichte sein Ausschluss aus der SPD nicht, um die Partei vor Ort wieder auf die Beine zu bringen.

Ein späterer CDU-Minister erzählte mir, dass er glücklicherweise mit dem Beitritt in eine Partei gewartet hatte bis sich abzeichnete, welche Partei wohl bei den Wahlen die Oberhand bekommen würde. Da die SPD lange als Favorit galt, sind natürlich auch einige aus reinen Karrieregründen zur SPD gekommen. Als dann die für uns enttäuschenden Wahlergebnisse zur Volkskammer bekannt wurden, haben sie sich von der SPD abgewandt und oft dem weiteren Parteaufbau geschadet.

In den Weihnachtstagen 1989 machten sich viele politisch aktive Menschen aus der Bundesrepublik auf, fuhren zu Bekannten in die DDR oder suchten in einem Ort, zu dem sie Beziehungen hatten, einen Pfarrer auf, um dort einen Ortsverein ihrer Partei zu gründen. Dieses Engagement war bewundernswert. Manche Beziehungen waren freilich nicht geeignet, vor Ort die richtigen Leute zusammen zu bringen.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Das Ergebnis kann keinen überraschen. Die Frage, wer sich schließlich in welcher Partei wiederfand, hing nicht so sehr von den inhaltlichen Positionen ab. Programmdebatten hatte es in dieser Gründungsphase kaum gegeben. Man konnte fast alle Ansichten in allen Parteien wiederfinden. Viel entscheidender als politische Ansichten war in dieser Gründungszeit die Frage gewesen wer wen kennt und mit wem man sich schnell verstand. Wer zu Anfang draußen war, fand später nur schwer einen Zugang.

Mein Eintritt in die SDP

Für mich stand von Anfang an fest: Wenn ich in eine Partei einträte, dann wird es die SPD sein. Ein wenig verunsichert war ich zunächst nur durch die Tatsache, dass mein Freund Friedrich Schorlemmer sich mit einigen seiner Freunde dem Demokratischen Aufbruch angeschlossen hatte. Als sich diese Gruppierung dann allerdings Anfang Dezember 1989 konstituierte und versuchte, sich auf grundlegende Programmaussagen zu einigen, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, in denen schließlich der damals in den oppositionellen Kreisen gut be-

kannte Rechtsanwalt Wolfgang Schnur die Oberhand behielt. Seine Positionen waren mit denen von Friedrich Schorlemmer nicht vereinbar, was nicht verwundern kann, wenn man bedenkt, dass Schnur sich mit dem Demokratischen Aufbruch später der von Helmut Kohl geschmiedeten „Allianz für Deutschland“ anschloss. Wolfgang Schnur wurde noch vor den Wahlen zur Volkskammer im März 1990 als Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes enttarnt.

Dass ich nicht gleich im Oktober 1989 in die SDP eingetreten bin, hatte einen anderen wesentlichen Grund. Ich war Präses der Synode (Präsident des Kirchenparlamentes) der Magdeburger Kirche. Als ein solcher Repräsentant der Kirche, die ja den verschiedensten oppositionellen Gruppen ein Dach geboten hatte, fühlte ich mich zunächst zu einer gewissen Neutralität verpflichtet. Gewichtiger aber war, dass in der Kirche die Frage diskutiert wurde, wer die Aufgabe übernehmen sollte, den anvisierten Runden Tisch der DDR zu leiten. Dazu boten sich zunächst die Präses der Synoden an, sofern sie nicht selbst einer der Gruppierungen des Runden Tisches angehörten. Als Anfang Dezember entschieden war, dass die Leitung von Seiten der evangelischen Kirche durch den Sekretär des Kirchenbundes wahrgenommen werden sollte, ging ich zu Markus Meckel und trat in die SDP ein. Ich war seit dieser Zeit intensiv mit der Erarbeitung von Statuten der Partei und mit der Vorbereitung der für Januar geplanten DDR-weiten Delegiertenkonferenz der SDP beschäftigt, die ich dann auch mit leitete.

Ibrahim Böhme

In diese Zeit der Vorbereitung des Parteitagess fällt ein für mich bemerkenswertes Ereignis. Die SDP hatte in Berlin ein kleines Büro unweit meines Verlages erhalten. So konnte ich öfter während der Arbeitszeit dort hingehen, um Notwendiges zu besprechen. Eines Tages erlebte ich ein Gespräch mit, das die vier damaligen Spitzenleute der SDP Ibrahim Böhme, Markus Meckel, Martin Gutzeit und Stephan Hilsberg miteinander führten. Ich hatte ein Quartett erwartet, das mit Eifer und Begeisterung zu Werke ging. Doch es herrschte unter ihnen eine steife, eher frostige Atmosphäre. Als ich anschließend mit Martin Gutzeit nach draußen ging, sagte ich zu ihm: „Bei euch stimmt etwas nicht.“ Martin Gutzeit sah mich von unten bis oben an und erwiderte: „Das könnte ich dir schon erklären. Aber ich kann es nicht

beweisen.“ Mehr brauchten wir damals nicht, um uns darüber zu verständigen, dass wir beide den Verdacht hatten, Ibrahim Böhme hätte Kontakte zum Staatssicherheitsdienst.

Mein diesbezüglicher Verdacht war freilich schon älter. Er ging in den Herbst 1987 zurück. Damals wurde von der kirchlichen Umweltbibliothek in Berlin, auf kirchlichen Vervielfältigungsma-schinen gedruckt, der „Grenzfall“ herausgegeben. In den Augen des Staates war das eine illegale Zeitschrift. Im November 1987 wollte man diesem Treiben ein Ende bereiten, nahm in der Umweltbibliothek eine Hausdurchsuchung vor, beschlagnahmte die Vervielfältigungsgeräte und verhaftete einige Personen. Dieser Vorfall beschäftigte damals auch die Kirchenleitungen. Wir sahen uns daraufhin einige Exemplare des Grenzfalls ge-nauer an. Sie enthielten gesellschaftskritische Beiträge, die dort in der Regel ohne die Angabe der Autoren abgedruckt waren. Eine Ausnahme bildeten nur zwei Artikel, die mit dem Namen Ibrahim Böhme unterzeichnet waren. Ibrahim Böhme aber blieb bei dieser Verhaftungsaktion in der Umweltbibliothek völlig un-behelligt. Das ließ sich nur damit erklären, dass er unter be-sonderem Schutz staatlicher Organe stand.

Am Rande der ersten Berliner Delegiertenkonferenz kursierten wieder Gerüchte, der Spiegel hätte Material über die Zusam-menarbeit von Ibrahim Böhme mit der Stasi. Das war durchaus bedrohlich, denn er sollte bei dieser Konferenz zum Vorsitzen- den der zu diesem Zeitpunkt gerade umbenannten SPD und damit auch zum Spitzenkandidaten für die Volkskammerwahlen gewählt werden. Auf eindringliches Befragen auch unserer westdeutschen Gäste hin stritt er aber wieder jegliche Zusam-menarbeit ab. Diese Unsicherheit hat die Partei bis zum Auftau- chen erster Beweise Ende März 1990 schwer belastet.

Inzwischen weiß man auch, dass die persönliche Referentin von Ibrahim Böhme, die ihm von der Baracke in Bonn zur Ver- fügung gestellt worden war, später wegen Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst entlassen wurde. Sieht man diese Vorgänge zusammen mit denen, die oben von Wolfgang Schnur dargelegt worden sind und nimmt man einige ähnlich gelagerte Fälle hinzu, so stellt sich die Frage, wie stark der Staatssicher- heitsdienst in jenen Wochen und Monaten noch versucht hat, auf die neu gegründeten Parteien Einfluss zu gewinnen. Haben hier Strategien des MfS oder doch nur Zufälle regiert? Diese Frage ist für mich immer noch unbeantwortet. Wir können von

Glück reden, dass wir in Sachsen Anhalt von vergleichbaren Vorfällen verschont geblieben sind.

Beitritt nach Artikel 23 GG

Es war eine Nacht Mitte Januar 1990. Eine kleine Gruppe führender SPD-Leute hatte bis spät abends in der Parteizentrale, die inzwischen in ein Gebäude am Kölnischen Park umgezogen war, zusammen gegessen. Wir waren gerade dabei, uns im Kölnischen Park zu verabschieden, da erschien ein Bote von der Bundestagsfraktion der SPD, die im Reichstag eine Klausurtagung abhielt. Er brachte uns die der Fraktion vorgelegten Papiere, in denen verschiedene Szenarien für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten durchgespielt worden waren. Die Bundestagsfraktion der SPD hatte nach langer Diskussion beschlossen, dass nur ein Beitritt nach Artikel 23 GG in Frage käme. Wir waren entsetzt, denn das war nicht unser Plan. Wir waren damals noch der Meinung, dass dies nach Artikel 146 geschehen solle, d.h. indem sich das gemeinsame Deutschland eine neue Verfassung gibt. Für diesen jetzt anstehenden Fall war dieser Artikel ja in das Grundgesetz, das sich als vorläufige Verfassung verstand, vorgesehen. In unserer ersten Erregung wollten wir sofort zu Hans-Jochen Vogel nach Westberlin fahren um ihm mitzuteilen, dass man so nicht mit uns umgehen könne. Aber es war spät, und wir wussten nicht, wie wir den Fraktionsvorsitzenden noch erreichen konnten. Also beschlossen wir, erst einmal die Papiere zu lesen und uns dann am nächsten Tag an ihn zu wenden. Ich habe dann die halbe Nacht die Papiere studiert und mir angesehen, wie viel neues Recht wir in der DDR in wenigen Monaten schaffen müssten, damit die angestrebte Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion tatsächlich zustande kommen könne. Mir wurde sehr schnell klar, dass dies von einem neu gewählten DDR-Parlament ohne parlamentarische Erfahrung überhaupt nicht zu leisten ist. Alleine die Verfassungsänderungen, die nötig gewesen wären, um alle diese Gesetze auf eine einigermaßen solide Grundlage zu stellen, hätten wohl unsere Kraft überfordert. Bei allem Improvisationstalent, das wir ja dann in den nächsten Monaten durchaus praktiziert haben, führte an einer schnellen Vereinigung der beiden deutschen Staaten kein Weg vorbei. Mir wurde in dieser Nacht klar, dass auf uns Aufgaben zukamen, deren Größenordnung wir damals kaum ahnten. Ohne parlamentarische und ju-

ristische Hilfe aus dem Westen waren diese Aufgaben nicht zu bewältigen. Durch die Erkenntnisse dieser Nacht war ich gewappnet für die vielen Diskussionen, die wir später noch führen mussten zu der Frage, ob es keinen anderen Weg zur Herstellung der deutschen Einheit gegeben habe.

Ich habe in den folgenden Monaten auch meine Einschätzung über das Verhältnis der SPD der Bundesrepublik und der SPD der DDR noch gründlich geändert. In jener Nacht hatten wir das Gefühl, die Bundes-SPD würde über uns bestimmen und uns damit unsere Autonomie nehmen. Das aber war nicht Hans-Jochen Vogels Linie. Sehr oft habe ich später von ihm den Satz gehört: „Das müsst ihr alleine entscheiden, da wollen wir euch nicht reinreden“. Besonders gut ist mir ein Treffen der Spitzen der SPD aus Ost und West auf dem Flughafen in Tegel in Erinnerung. Es war Anfang August 1990. Die einzige Frage, die im Raum stand war die, wann wohl der Zeitpunkt der Vereinigung kommen würde. Ich staune heute darüber, aber wir waren damals noch der Meinung, dass eine gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 eine Illusion wäre, dass man die Vereinigung bis dahin nicht schaffen könne. Hans-Jochen Vogel nahm diese Einschätzung ohne viel Widerspruch zur Kenntnis, unternahm jedenfalls keinen Versuch, uns von dieser Einschätzung abzubringen, obwohl ich mich durchaus auch an skeptische Blicke aus der Runde erinnere. Bereits am 23. August 1990 beschloss die Volkskammer den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zum 3. Oktober 1990. Spätestens da war mir klar: Bei aller Autonomie, die wir zum Teil ja auch zu Recht beanspruchten, die Kollegen aus dem Westen hatten einfach mehr Erfahrung mit politischen Spielregeln und der Zielstrebigkeit, mit der Helmut Kohl seine Ziele verfolgte. Sie hätten uns sagen müssen, dass wir da Illusionen nachhingen. Helmut Kohl jedenfalls ging da mit „seiner CDU“ ganz anders um.

Die Volkskammerwahl und ihre Folgen

Noch 14 Tage vor dem 18. März, dem Termin der ersten freien Wahlen zur Volkskammer glaubten wir – im Einvernehmen mit vielen Meinungsforschern – dass die SPD als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen würde. Das Ergebnis war deprimierend. Die von Helmut Kohl zusammen geschmiedete „Allianz für Deutschland“ hatte die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt, die SPD wurde zwar zweitstärkste Partei, kam aber nur

auf 21,9%. Die Allianz für Deutschland und die FDP hatten also eine Mehrheit im Parlament.

Damit entbrannte in der SPD eine heftige Debatte darüber, ob wir uns an der Regierung beteiligen sollten, obwohl wir für die einfache Mehrheit nicht notwendig waren, oder ob wir in die Opposition gehen sollten. Aber die SPD war praktisch kopflos, nicht nur im bildlichen, sondern auch im konkreten Sinne, denn ihr Vorsitzender Ibrahim Böhme war verschwunden. Keiner wusste, wo er sich aufhielt. Vorstandssitzungen ohne den Vorsitzenden kamen verständlicherweise zu keiner Entscheidung. Das war ein untragbarer Zustand.

10 Tage nach der Wahl entschloss ich mich, ohne Mandat der SPD zu Lothar de Maizière zu gehen, den ich als Vizepräsident der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR von unseren Treffen der Präsidenten der Kirchensynoden kannte. Damals glaubte ich noch, die das Haus der CDU am Gendarmenmarkt in Berlin umlagernden Journalisten würden mich nicht kennen. Unangemeldet erschien ich dort und hatte Glück: Lothar de Maizière war da und nahm mich sofort mit in sein Büro. Es kam zu einem Vier-Augen-Gespräch in großer Offenheit. Lothar de Maizière erläuterte mir vier Punkte, die er als Position der DDR unbedingt in die Verhandlungen mit der Bundesrepublik über die Vereinigung einbringen wolle. Darunter war neben der Forderung, die Wirtschafts- und Währungsunion mit einer Sozialunion zu verbinden – er sah sehr deutlich, dass die Wirtschaftsunion bei uns eine große Arbeitslosigkeit erzeugen würde – die Forderung, dass die Ergebnisse der Bodenreform und die Enteignungen auf der Grundlage des Besatzungsrechtes vor der Gründung der DDR nicht rückgängig gemacht werden dürften. Ich teilte seine Einschätzung, dass es andernfalls zu großen Verwerfungen im Einigungsprozess kommen würde. Ich weiß nicht, ob diese Forderung auch eine von Gorbatschow selbst war, wie später immer behauptet wurde. Sicher ist aber, dass sie von Anfang an auch von Lothar de Maizière vertreten wurde und nicht nur ich, sondern später auch die SPD konsequent vertreten hat.

Es stellte sich in dem Gespräch sehr schnell heraus, dass Lothar de Maizière ein großes Interesse hatte, die Regierung mit der SPD zu bilden. Es gab dazu ja auch ein gewichtiges verfassungsrechtliches Argument, das dann auch bei der Diskussion in der SPD eine wichtige Rolle spielte: Wir mussten, um die notwendigen rechtlichen Veränderungen in der DDR umzuset-

zen, so viele verfassungsändernde Beschlüsse fassen, dass eine Regierung ohne verfassungsändernde Mehrheit praktisch nicht handlungsfähig gewesen wäre. Aber dieses Argument spielte bei Lothar de Maizière nicht die entscheidende Rolle. Sein Argument war: Ich werde gegenüber der Bundesregierung viele mir bzw. uns wichtige Dinge nicht durchsetzen können, wenn ich nicht darauf verweisen kann, dass ich die anderslautenden Wünsche der Bundesregierung bei mir mit der SPD nicht durchbekomme. Die Mitwirkung der SPD in der Regierung war also nötig, um wichtige Anliegen der DDR im Vereinigungsprozess mit entsprechendem Gewicht vertreten zu können. Das leuchtete mir sofort ein und es gab später auch manchen Beleg dafür, dass diese Überlegung richtig war.

Worin ich mich geirrt hatte: Die Journalisten hatten mich erkannt. Bilder von der ersten Kontaktaufnahme zwischen SPD und CDU liefen über die Bildschirme. Aber so kamen wenigstens auch offizielle Gespräch und schließlich die Koalitionsverhandlungen in Gang.

Der 17. Juni

Von einem Gespräch möchte ich noch berichten, das zwar nicht die SPD direkt betrifft, wohl aber die Rolle der Repräsentanten der SPD in der Volkskammer. Anfang Mai 1990 trafen sich die Präsidien der Volkskammer und des Deutschen Bundestages in Berlin. Ich nutzte die Gelegenheit, um mit Rita Süßmuth über die Frage zu reden, wie wir denn den 17. Juni, den damaligen Tag der deutschen Einheit begehen sollten. Über diese Frage war offenbar noch auf keiner Seite nachgedacht worden. Es war kaum vorstellbar, dass der Deutsche Bundestag einfach an seiner Tradition festhielt und im Bundestag für sich eine Feierstunde abhielt. Wir mussten diesen Tag irgendwie gemeinsam begehen. Weder der Reichstag noch die Volkskammer kamen für eine solche Veranstaltung als Veranstaltungsorte in Frage, denn keiner konnte einfach beim anderen zu Gast sein. Auf der Mitte zwischen Reichstag und Volkskammer lag das Schauspielhaus. Auch wenn es in Ostberlin lag, so kamen wir doch schnell überein, dass dies ein geeigneter Veranstaltungsort sei. Über die Grundzüge der Veranstaltung erzielten wir schnell Einigkeit: Musik der Berliner Philharmonie und nach den Begrüßungen durch die beiden Präsidentinnen eine Festrede. Der Festredner bzw. die Festrednerin sollte aus der DDR kommen.

Wir einigten uns, auch wenn es dazu im Westen einige Vorbehalte gab, im Präsidium der Volkskammer darauf, Christa Wolf zu fragen. Ich besuchte sie in ihrer Wohnung und es kam zu einem sehr interessanten Gespräch, in dem deutlich wurde: Christa Wolf – wie wohl auch viele andere Schriftsteller der DDR – hatte Schwierigkeiten, diesen schnellen Prozess der Vereinigung, in dem sich die Lage fast täglich änderte, zu reflektieren und innerlich zu verarbeiten. Sie sagte: „Ich weiß einfach nicht, was ich da sagen sollte.“ Nach einer kurzen Bedenkzeit sagte sie mir endgültig ab. So einigte man sich schließlich auf den damals noch parteilosen Manfred Stolpe, den ich zuvor schon für diesen Fall der Absage von Christa Wolf gefragt hatte. Spannend war nun aber die protokollarische Frage: Eine Veranstaltung des gesamten Deutschen Bundestages auf dem ja formal noch unter sowjetischen Besatzungsrecht stehenden Gebiet der DDR. Das ging nicht ohne die Zustimmung Moskaus. Der Gesandte der sowjetischen Botschaft in Ostberlin meldete sich bei mir zu einem Gespräch. Ihm passte die ganze Veranstaltung offenbar gar nicht. Ich versuchte ihm deutlich zu machen, dass eine Verlegung der Veranstaltung etwa nach Leipzig, was auch noch im Gespräch gewesen war, die Probleme auch nicht lösen würde. Zudem würde sich die Sowjetunion auch international in ein schlechtes Licht setzen, wenn sie versuchen würde, diese Veranstaltung mit Macht zu verhindern. Wir würden die Veranstaltung als eine Kulturveranstaltung deklarieren, zu der politische Persönlichkeiten aus Ost und West eingeladen würden. Dass darunter dann auch alle Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Volkskammer wären, sei dann zweitrangig. Es wäre keine Versammlung der Parlamente. Ihn hatte ich schließlich wohl überzeugt. Diese Gesprächsrunde endete allerdings mit der Feststellung, er müsse sich nun erst mit Moskau konsultieren.

Der viel intensivere Teil des Gesprächs mit ihm betraf die ihn offenbar viel mehr beschäftigende Frage, ob denn das mit dem Vereinigungsprozess alles so schnell gehen müsse. Das beunruhigte Moskau offenbar sehr und war selbst einem in Berlin lebenden Gesandten nicht wirklich verständlich. Ich machte ihm deutlich, dass mit dem Fall der Mauer ein Staudamm gebrochen sei. Der Ruf, so schnell könne man doch das Wasser eines Staudammes nicht ablassen, sei zwar richtig, aber nun wäre es einmal so und es bliebe uns nichts anderes übrig, als Sandsäcke zu schleppen und dafür zu sorgen, dass nicht alles

überschwemme. Erst danach könnten wir sehen, wie wir überschwemmtes Land wieder bewohnbar machen. In diesem Gespräch ist ihm wohl deutlich geworden, dass es einfach keine politische Kraft gab, die diesen Prozess aufhalten konnte. Als wir uns anlässlich der Kranzniederlegung am 8. Mai am Trepptower Ehrenmahl wieder trafen, kam er auf mich zu und sagte: Moskau ist einverstanden. Die Veranstaltung am 17. Juni konnte also wie geplant stattfinden.

Die ersten Landtagswahlen

Bis auf Brandenburg hatten alle ostdeutschen Länder zunächst nach einem Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen aus den westlichen Bundesländern gesucht. Man kann sich heute wohl kaum noch vorstellen, dass praktisch erst ein Vierteljahr vor den Wahlen eine Vorentscheidung über den Spitzenkandidaten gefallen ist, die endgültige Entscheidung noch einige Wochen später. Wesentliche Teile des Wahlprogramms habe ich selber geschrieben, denn wir hatten ja noch keine Mitarbeiter, die uns dafür die Entwürfe hätten machen können. Das alles geschah, während wir noch intensiv mit zentralen Entscheidungen in der Volkskammer beschäftigt waren. Fast nebenbei wurden Bilder gemacht und Wahlslogans entworfen. Es hat wohl nie wieder in der Geschichte eine Wahl mit so kurzen Vorbereitungszeiten und einem so kurzen Wahlkampf gegeben.

Was meinen Bekanntheitsgrad anbetrifft hatten wir Glück. Die Volkskammersitzungen waren ein halbes Jahr lang sämtlich in voller Länge live im Fernsehen der DDR übertragen worden. Da ich gerade in spannenden Phasen oft die Leitung übernehmen musste, war ich – wie ein Journalist es einmal humorvoll ausdrückte – bekannt wie der Sandmann. Da mein Gegenkandidat von der CDU Gerd Gies relativ unbekannt war, erhofften wir uns ein vergleichsweise gutes Abschneiden. Manche hofften wohl auch, dass die Tatsache, dass wir einen Kandidaten aus dem eigenen Land hatten, honoriert würde. Aber wir hatten natürlich nicht wie Manfred Stolpe mit NRW und Johannes Rau ein so starkes westliches Bundesland als Partner an unserer Seite, das auch mit manpower und großem Engagement die Landtagswahlen mit vorbereitete und unterstützte. In unserem Partnerland Niedersachsen hatte die SPD mit Gerhard Schröder erst am 21. Juni 1990 – nach 14 Jahren CDU – die Regierung

übernommen und mit sich selbst reichlich zu tun. Jedenfalls verloren wir.

So erinnerten mich denn auch die Emotionen an jenem Abend der Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 an die bei der Volkammerwahl. Wir hatten zwar von allen ostdeutschen Bundesländern für die SPD das zweitbeste Ergebnis, lagen aber nach der CDU abgeschlagen auf dem zweiten Platz. CDU und FDP hatten eine klare Mehrheit. So gingen wir in die Opposition. Die Gewissheit allerdings, dass sich dies bei den nächsten Wahlen verändern ließe, hat mich nie verlassen. So waren für mich die vier Jahre Opposition im Landtag von Sachsen-Anhalt die konsequente Vorbereitung der SPD auf die Übernahme von Regierungsverantwortung im Land. Sie ist in dieser Zeit trotz aller Anfangsschwierigkeiten gewachsen und war dann 1994, nachdem die CDU deutlich abgewählt und die FDP nicht mehr im Landtag war, so stark und mutig, dass sie den Weg einer rot-grünen Minderheitsregierung gehen und auch 4 Jahre lang erfolgreich durchhalten konnte.

Christian Hausmann und Stefan Zeitz

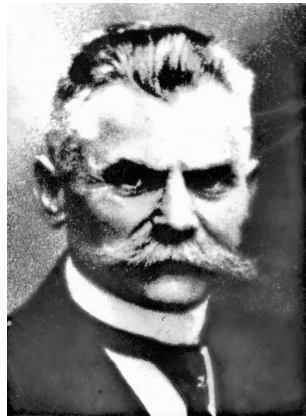
Magdeburg in der Tradition sozialdemokratischer Oberbürgermeister von 1919 - 2008

Magdeburg war in der Weimarer Republik eine Hochburg der Sozialdemokratie und die einzige Stadt vergleichbarer Größe im Deutschen Reich, die von 1919 bis 1933 ohne Unterbrechung einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister hatte. Der ehemalige bayrische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner äußerte sich anerkennend über die Magdeburger SPD jener Jahre in seinen Erinnerungen: „Damals hatte ich den Eindruck gewonnen, dass Magdeburg eine Musterorganisation der SPD war.“ (Hoegner 1978, S. 61)

Magdeburgs SPD-Oberbürgermeister von 1919-1933, 1945-1950 und seit 1990 und ihre Bedeutung für die Stadt Magdeburg werden im Folgenden kurz vorgestellt.

Hermann Beims (1863 - 1931), OB von 1919 - 1931

Hermann Beims, Sohn eines Handwerkers, wurde am 26.4.1863 in Haverlah (heutiges Niedersachsen) geboren. Er wurde zunächst Tischlergeselle und trat 1887 in die SPD ein. 1919 wurde er Oberbürgermeister von Magdeburg. Der Bau der Stadthalle war ein bedeutender Ausdruck des Magdeburger Bauwillens in seiner Amtszeit. Durch das geschaffene Ausstellungszentrum wurde Magdeburg zu einer gefragten Kongressstadt. Der wirtschaftlichen Entwicklung wurde große Aufmerksamkeit gewidmet. In unmittelbarer Nähe der Stadt erreichte der Mittellandkanal die Elbe. Dadurch wurde ein Massengüterumschlagsverkehr geschaffen. Auch der Straßen- und Brü-

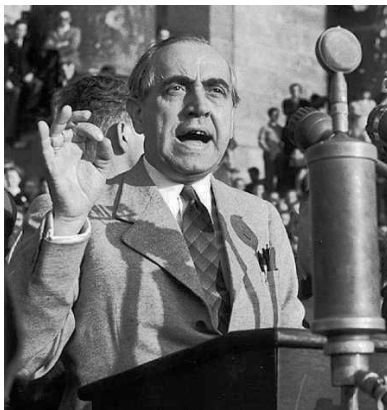


(Quelle: Inge Beims)

ckenbau wurde vorangetrieben. Es entstanden Sternbrücke, die Hermann Beims 1922 dem Verkehr übergab, Ausfallstraßen und die Vorortbahn nach Südost. Mit Hilfe von Genossenschaften für Kleinwohnungswesen wurde der soziale Wohnungsbau großen Stils durchgeführt (Beimssiedlung, Curiesiedlung, Brückfeld). Seine Enkelin Inge Beims, die heute in Darmstadt lebt, ist im ständigen Kontakt mit unserem Parteimitglied Ruth Lockner und besucht sehr oft Magdeburg.

Ernst Reuter (1889 - 1953), OB von 1931 - 1933

Ernst Reuter folgte Hermann Beims am 16. Mai 1931 im Oberbürgermeisteramt nach. 1933 wurde er von den Nationalsozialisten abgesetzt und das Konzentrationslager Lichtenburg in Prettin [im heutigen Landkreis Wittenberg] gebracht. 1935 gelang ihm die Flucht nach Großbritannien. Später siedelte er in die Türkei über. Dort hatte er einen Lehrstuhl an der Universität von Ankara inne, wo er noch heute wegen seiner Verdienste als Begründer der modernen türkischen Verwaltungswissenschaft hohes Ansehen genießt.



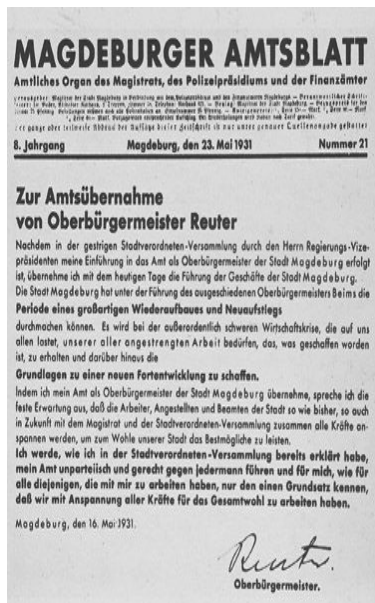
(Quelle: SPD LV Berlin)

Untrennbar ist der Name Ernst Reuter mit dem Schicksal Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden. Ende 1946 kehrte er nach Deutschland zurück und wurde zunächst Verkehrsdezernent in Berlin. Seine Wahl zum Oberbürgermeister von „Gesamtberlin“ 1948 scheiterte am Widerstand der sowjetischen Besatzungsmacht. Von 1948 bis 1953 war Ernst Reuter Regierender Bürgermeister in Westberlin. Unvergessen ist seine Haltung während der Berlinblockade und sein moralischer Appell an die Welt: „Ihr Völker der Welt! Schaut auf diese Stadt.“ Unter

seiner Führung blieb die Stadt standhaft und meisterte auch die folgende wirtschaftliche Krise.

Die für den 5. Dezember 1948 anberaumten Wahlen konnten nur noch in den drei Westsektoren durchgeführt werden.. Die SPD wurde mit fast 66% stärkste Partei. Am 7. Dezember 1948 kam noch einmal die alte Stadtverordnetenversammlung zusammen und wählte wiederum Ernst Reuter zum Oberbürgermeister. Das neue Abgeordnetenhaus billigte diese Wahl am 14. Januar 1949. Noch für rund zwei Jahre und acht Monate prägte Ernst Reuter die Berliner Nachkriegspolitik. Er starb am 29. September 1953 in Berlin an den Folgen eines Herzinfalls..

2007 jährte sich zum 75. Mal der Amtsantritt des Sozialdemokraten Ernst Reuter als Magdeburger Oberbürgermeister. Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, Prof. Dr. Klaus-Erich Pollmann, Prof. Mathias Tullner würdigten ihn in einer von der SPD-Stadtratsfraktion organisierten Gedenkveranstaltung im Magdeburger Rathaus.



(Quelle: SPD Landesverband Berlin)

Otto Baer (1880 – 1947), OB von 1945 - 1946

Otto Baer wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Oberbürgermeister von Magdeburg. Er wurde 1880 in Jerichow geboren und stammte aus einfachen Verhältnissen. Im Jahre 1900 wurde Otto Baer Mitglied der SPD und 1917 Vorsitzender der SPD Magdeburg. 1920 zog er in den Magdeburger Stadtrat ein. Von 1930 bis 1933 war er Verwaltungsdirektor des Sudenburger Krankenhauses.

In der NS-Zeit war er 6 Wochen im KZ Sachsenhausen interniert. Er war durch seine Freundschaft mit General Olbricht, einem führenden Kopf des militärischen Widerstandes, in das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 involviert.

Am 19. April 1945 wurde Otto Baer vom Kommandanten der US-Armee, die am Tag zuvor Magdeburg befreite, zum Oberbürgermeister ernannt. Die britische Armee, die nach den USA das Kommando übernahm, setzte ihn wieder ab. Die dann dauerhaft folgende sowjetische Besatzungsmacht setzte ihn wieder in das Amt ein, jedoch im Januar 1946 ab, weil Otto Baer der sich abzeichnenden Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone kritisch bzw. ablehnend gegenüber stand.

Im Februar 1946 geriet er für 10 Wochen in Haft des sowjetischen Geheimdienstes NKWD.. 1946 wurde er wegen antisowjetischer Propaganda denunziert, verhaftet und zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er starb 1947 in einem sowjetischen Internierungslager in Torgau. Nach der politischen Wende wurde er postum rehabilitiert.

Rudolf Eberhard (1891 – 1965), OB von 1946 – 1950

Rudolf Eberhard wurde am 10. Juli 1891 in Magdeburg-Buckau geboren und besuchte dort die Schule. Er nahm am 1. Weltkrieg teil. Geprägt von schlimmen Erfahrungen in diesem Krieg warnte er fortan vor Gewalt und trat für einen friedliebenden demokratischen Staat ein.

1919 bekleidete er eine leitende Stellung bei den Junkers-Werken in Dessau. Er trat in die SPD ein und engagierte sich in der Gewerkschaftsbewegung. Ende 1920 wurde er Bezirksleiter

des Zentralverbandes der Angestellten im Land Anhalt. Mit der Auflösung der Gewerkschaften und deren Büros durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 wurde auch Rudolf Eberhard entlassen und einige Zeit inhaftiert.

Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes und dem Wiederbeleben öffentlichen Lebens, beteiligte er sich in der sowjetischen Besatzungszone massgeblich am Wiederaufbau der SPD. Am 10. September 1945 wurde er zum Oberbürgermeister von Bernburg berufen und am 26. Januar 1946 zum Oberbürgermeister von Magdeburg. Zu seinen schwierigsten Aufgaben gehörte die Beseitigung der Trümmer.



(Quelle:
Friedrich-Ebert-Stiftung)

Da er der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahre 1946 ablehnend gegenüberstand, kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung mit dem Kommunisten Walter Kassner, einem Vertrauten des SED-Generalsekretärs Walter Ulbricht. Entsprechend der Direktive der KOMINFORM (Kommunistisches Informationsbüro mit Sitz in Moskau) war die SED-Führung um Walter Ulbricht bemüht, alles Sozialdemokratische aus der SED zurückzudrängen und zu unterdrücken.

Nach starken politischen Angriffen durch die Magdeburger SED unter Walter Kassner wurde Rudolf Eberhard am 2. Juli 1950 verhaftet und als „Schumacheragent“ zu 5 Jahren Haft verurteilt mit Einziehung des Vermögens. Nach der Haft flüchtete Rudolf Eberhard im August 1958 in die Bundesrepublik. Er starb am 12. Juli 1965 in Wiesbaden.



(Quelle: privat)

Dr. Willi Polte (geb. 1938), OB von 1990 – 2001

Dr. Willi Polte wurde nach der friedlichen Revolution am 6.5.1990 zum Oberbürgermeister von Magdeburg gewählt und setzte damit die Tradition der Magdeburger SPD-Oberbürgermeister fort. Willi Polte war bereits 1961 über das Westberliner Ost-Büro in die SPD eingetreten.

Mit Herz und überragendem Engagement erreichte er in seiner Amtszeit Enormes für seine Heimatstadt Magdeburg. Zu nennen ist hier vor allem die Bundesgartenschau, die 1999 in Magdeburg abgehalten wurde. Aus dem ehemaligen militärischen Übungsgelände ist ein wunderschöner Park mit einer Seebühne entstanden, in dem viele gut besuchte Veranstaltungen stattfinden.

2002 kandidierte er für den Landtag von Sachsen-Anhalt und zog über die Landesliste in das Landesparlament ein. Zudem war er von August 2001 bis Ende April 2008 ehrenamtlicher Bürgermeister von Niegripp (Jerichower Land)

Dr. Lutz Trümper (geb. 1955), OB seit 2001

Nachdem Dr. Willi Polte aus Altersgründen Anfang 2001 auf eine erneute Kandidatur verzichtete, wurde Dr. Lutz Trümper von der SPD Magdeburg als Oberbürgermeisterkandidat nominiert und konnte sich bei den OB-Wahlen im Mai 2001 klar durchsetzen. Seine Amtsführung ist geprägt von großer Kompetenz und Sachlichkeit, Weitsicht und Durchsetzungskraft.

Zudem hat sich Magdeburg in dieser Zeit zu einem Zentrum der Wissenschaft entwickelt („Stadt der Wissenschaft“) mit den Kernpunkten der Universität und mehreren bedeutenden Institu-



(Quelle:
Dr. Lutz Trümper)

ten. Des Weiteren ist Magdeburg heute eine nationale und internationale Kulturstadt. Davon zeugen die Europaratsausstellungen des Magdeburger Museums von 2001 bzw. 2006 sowie die Verleihung des Kaiser-Otto-Preises 2005 und 2007. Internationale Aufmerksamkeit erfuhren ferner die Internationalen Puppentheaterfestivals der Jahre 2003, 2005 und 2007.

Am 9. März 2008 fanden erneut Oberbürgermeisterwahlen statt, bei der Dr. Lutz Trümper mit eindrucksvollen 64 Prozent wiedergewählt wurde. Somit bleibt Magdeburg eine Hochburg der SPD.

Literatur:

Herlemann, Dr. Beatrix: Oberbürgermeister Rudolf Eberhard und der Wiederaufbau der Stadtverwaltung Magdeburg, Berlin 2004.

Hoegner, Wilhelm: Flucht vor Hitler, Frankfurt am Main 1978.

Tullner, Mathias: Hermann Beims – Magdeburgs großer Oberbürgermeister 1919 – 1931, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Hermann Beims – Magdeburgs Oberbürgermeister 1919 – 1931, Beiträge zur Gedenkveranstaltung des 60. Todestages von Hermann Beims, Bonn 1992.

Rüdiger Fikentscher

100 Jahre Volkspark Halle

In Sachsen-Anhalt gibt es eine Reihe von Gebäuden, die eng mit der Geschichte der SPD verbunden sind. Einige von ihnen wurden im Laufe der vergangenen Jahre restauriert und tragen die Namen bedeutender Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Allen voran natürlich das Ernst-Reuter-Haus in Magdeburg, Sitz der Landesgeschäftsstelle und mehrerer Abgeordnetenbüros. Weiter das Adolf-Reichwein-Haus in Halle, das Heinrich-Peuschel-Haus in Köthen, das Marie-Arning-Haus der AWO in Magdeburg. Es wäre wünschenswert, dass im Laufe der kommenden Jahre noch weitere Häuser an bedeutende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erinnern oder wenigstens ihre Geschichte bekannter würde.

Ein Haus jedoch überragt in seiner historischen Bedeutung alle anderen und niemand will es auf den Namen einer Person beschränken, denn es ist der vor 100 Jahren entstandene Halle'sche Volkspark, der „Palast der Arbeiter“, wie er von seinen Erbauern voller Selbstbewusstsein bezeichnet wurde. Er steht für die Arbeiterbewegung in seiner Gesamtheit, für die nach Bildung und Anerkennung strebende Mehrheit der Stadt Halle am Anfang des 20. Jahrhunderts und spiegelt die Geschichte dieses Jahrhunderts in einzigartiger Weise wider.

Seine Einweihung am 13. Juli 1907 war ein gewaltiges Fest für Tausende. Dieses Datum wurde zum Anlass genommen, um im Juni/Juli 2007 über zwei Wochen lang das einhundert jährige Jubiläum vielfältig und ausgiebig zu feiern, um damit diesen wunderbaren Gebäudekomplex wieder mehr in das Bewusstsein der halleschen Bürgerschaft, aber auch der Sozialdemokratie in Halle und in Sachsen-Anhalt zurückzurufen. Wer sollte die Schirmherrschaft über dieses Jubiläum übernehmen? Natürlich der derzeit ranghöchste Sozialdemokrat in Deutschland, unser Genosse Franz Müntefering, Vizekanzler und vormaliger Parteivorsitzender. Er hat diese Aufgabe gern übernommen und ist mit einer eindrucksvollen Rede gleichermaßen auf unsere bedeutende Tradition und die Aufgaben der heutigen Zeit eingegangen. Diese und andere Reden von der Eröffnungsveran-

staltung sind in einem Sonderheft der Friedrich-Ebert-Stiftung nachzulesen.

Aber nun zum Volkspark selbst. Er ist das Ergebnis der tiefen Spaltung der Gesellschaft, die damals in Halle herrschte. Den Sozialdemokraten war es weithin untersagt, sich zu versammeln. Viele Gastwirtschaften nahmen sie nicht mehr auf. Säle standen ihnen nicht zur Verfügung. Stadtverwaltung und Polizei schikanierten sie, wo immer es ging. Dagegen bäumten sie sich erfolgreich auf, kauften ein Grundstück und bauten in kürzester Zeit das größte und bedeutendste Gebäude, was es damals in Halle gab, eben unseren Volkspark. Die Bühne war größer als im Stadt-Theater. Dort wurden die modernsten Stücke gespielt. Tausende kamen zu den Veranstaltungen. Man versammelte sich und diskutierte, lernte und betätigte sich auf unterschiedlichste Weise. Dabei kamen die berühmten „Arbeitergroschen“ in solcher Fülle zusammen, dass dieses wunderschöne und im modernsten Jugendstil gebaute Haus mit seinem riesigen Garten bald auch wirtschaftlich auf soliden Füßen stand.

Doch dann kam der Erste Weltkrieg und die Obrigkeit nahm die Gelegenheit wahr, den Volkspark unverzüglich in ein Kriegslazarett zu verwandeln.

In den 20er Jahren fanden dort schwerste politische Auseinandersetzungen statt. Die USPD wurde gegründet, ebenso wie 1924 der Rote-Front-Kämpferbund, als Wehrorganisation der KPD. Was heute verwunderlich klingt, war damals Praxis: Die Eigentümer und Betreiber des Volksparks gewährten allen Arbeiterparteien Zugang für ihre Veranstaltungen.

Schließlich kam es am 13. März 1925, als die KPD mit ihrem Kandidaten Ernst Thälmann den Wahlkampf um die Reichspräsidentenschaft im Volkspark eröffnete, zu Schüssen durch die Polizei, in deren Folge acht Tote zu beklagen waren. Daraus entwickelte die offizielle SED-Geschichtsschreibung die Legende vom „kleinen Trompeter“. Wer in eine DDR-Schule gegangen ist, kennt das Lied oder sah auch den Film. Dichtung und Wahrheit wurden tränenreich gemischt.

Die Nazis erklärten den Volkspark kurzerhand nach seiner Beschlagnahmung zum „Reichshof“.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand am gleichen Ort die Vereinigung von SPD und KPD statt, in deren Folge die Kommunisten



Reprint der Originalausgabe zur Eröffnung des Volksparkes 1907 zum Anlass des 100-jährigen Bestehens im Jahr 2007. Mit freundlicher Unterstützung der SPD Halle (Saale) und der Konzertaktion Günter Berth. Abgabe zum Preis von 1,00 € zu Gunsten des Volkspark e.V.

nicht nur das Haus, sondern auch seine gesamte Geschichte für sich in Anspruch nahmen und über weite Strecken missbrauchten. Und auch bei der friedlichen Revolution stand der Volkspark plötzlich wieder im Mittelpunkt, wenigstens an einem für Halle bedeutenden Tag. Es war der 26. Oktober 1989, als sich die „Oberen“ öffentlich den Fragen des Volkes stellten. Für Tausende außerhalb des Saales wurde die Diskussion mit Lautsprechern übertragen. Wer dabei war, vergisst es nicht.

Nun ist dieser wunderbare Gebäudekomplex wieder Eigentum der SPD. Doch die Frage ist noch nicht beantwortet, was mit ihm werden soll. Bereits bei der Einweihung vor 100 Jahren stand ganz oben: „Wozu soll unser Volkspark dienen?“ Und diese Frage wurde auch 24 Kunststudentinnen und –studenten der Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein gestellt, die anlässlich des 100. Jahrestages im Volkspark 24 gänzlich verschiedene Kunstprojekte installierten. Sie alle sind in einem Katalog festgehalten, in dem auch sehr viel über die Geschichte des Volksparkes, besonders aber auch über dieses bedeutende Jubiläum nachzulesen und nachzuschauen ist. Der Volksparkverein – keineswegs nur aus Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bestehend – nimmt sich dieser Aufgabe an und versucht, eine Zukunft für den ehemaligen Palast der Arbeiter zu entwickeln. Die Sozialdemokraten allein sind heutzutage dazu nicht mehr in der Lage. Unser Organisationsgrad beträgt nur noch ein Zehntel dessen während der Gründungszeit. Den Gewerkschaften geht es nicht viel anders. Die Tatsache, dass damals weit über die Hälfte der Bevölkerung zu den Benachteiligten gehörte, die sich solidarisch zusammenschließen mussten, um überhaupt eine Möglichkeit der gemeinschaftlichen Betätigung zu finden, ist vorbei. Heute darf jeder, sofern er es bezahlen kann, dorthin gehen, wohin er will, und so finden sich auch nur in Ausnahmefällen die halleschen Ortsvereine im Volkspark ein. Beteiligung und Verlauf beim Sommerfest der SPD Sachsen-Anhalts, das in jene Festtage des Volksparkes gelegt wurde, zeigen das Gleiche. Allein können wir keineswegs das erhalten, was unsere Altvorderen aufgebaut haben. Doch unsere Geschichte geht damit nicht unter. Wir sind zuversichtlich, dass es auch künftig genügend Kräfte gibt, die sich ihr verpflichtet fühlen, die Faszination des Ortes empfinden und damit für die nächsten Generationen erhalten. Denn es hat sich beim Jubiläum gezeigt, dass nicht nur Stadtarchiv und Stadtmuseum,

Kunsthochschule und SPD, Theater und Friedrich-Ebert-Stiftung den Volksparkverein in seinen Bemühungen unterstützen, sondern auch zahlreiche Einzelpersonen von der Aufgabe beeindruckt waren und weiterhin mitwirken wollen.

Im August 2007 führte das Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie mit seinem Vorsitzenden Jens Bullerjahn einen Kulturempfang im Volkspark durch. Anschließend waren alle des Lobes voll. Zunächst diejenigen, die den Volkspark noch nicht kannten, denn wo in den neuen Bundesländern gibt es noch einen solchen Ort, der mit seinem gegenwärtig etwas maroden Charme soviel Geschichte atmet. Und zweitens, wer kann in Deutschland eine hochwertigere Kulturdiskussion führen, wenn neben Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Tiefensee, Bundesminister, Klaus Staack, Präsident der Akademie der Künste, sowie Vertreter der Kunsthochschule und des Dessauer Bauhauses miteinander sprechen? Geschichte und Gegenwart begegnen sich in einzigartiger Weise. Das sind auch heute noch unsere Möglichkeiten. Die Zukunft wird zeigen, dass wir sie auch weiterhin nutzen. Aus dem „Palast der Arbeiter“ wird ein Haus für alle Bürgerinnen und Bürger, in dem Kultur, Kunst, Medien, Unterhaltung, Geselligkeit und Diskussionen in vielfältigster Weise auch künftig möglich sein werden.

Ist es dann noch wichtig, dass alle die Geschichte des Volksparks kennen? Vielleicht nicht unbedingt, aber schön wäre es doch! Wenigsten wir Sozialdemokraten!

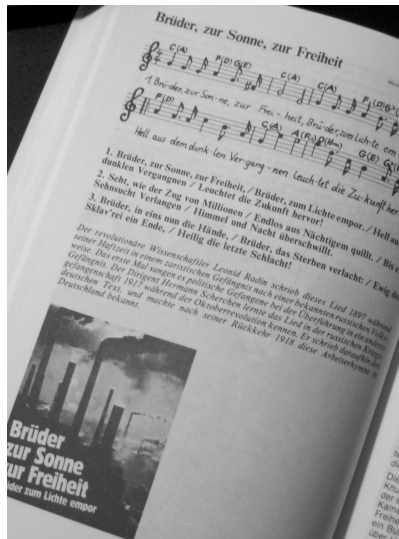
Die Lieder der Adam-Wolfram-Preissträger 2006

Alle zwei Jahre – anlässlich des ordentlichen Parteitages der SPD in Sachsen-Anhalt – wird der nach Adam Wolfram, unserem ehemaligen Ehrenvorsitzenden des Landesparteiirates, Gewerkschafter, Sozialdemokrat und Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt 1948 - 1950, benannte Preis vergeben.

Damit sollen Personen oder Gruppen geehrt werden, die sich um die Bewahrung von Traditionen und die Erinnerung an unsere Geschichte verdient gemacht haben bzw. entsprechende Projekte fördern.

2006 gab es dazu mehrere Vorschläge. Einstimmig und am Ende unumstritten fiel die Wahl auf die Falken-Band „Zeit zum Aufstehen“, die sich um die Wiederbelebung historischer Arbeiterlieder verdient gemacht hat. Die Teilnehmer und Gäste des Parteitages hörten mit Interesse und Freude einen Ausschnitt aus ihrem Programm.

Reiner Trautmann stellt 18 Titel mit den jeweiligen Erläuterungen vor.



Geiers Schwarzer Haufen

Des Geyers schwarzer Haufen verweist auf die Bauernkriege, in denen sich der Ritter Florian Geyer an die Spitze einer Gruppe aufständischer Bauern setzte.

Schnitter Tod

Ein Flugblattlied aus dem 30-jährigen Krieg, gedruckt 1638. Dabei stand: „Ein schöns Meyenlied, wie der Menschensnitter, der Todt, die Blumen ohne Unterschied abmehet.“ Als dieser schrecklichste Krieg der deutschen Geschichte nach mehr als 30 Jahren endlich zu Ende ging, war die Gesamtbevölkerung

Deutschlands um die zurückgegangen, von knapp 26 auf 13 Millionen.

Ein stolzes Schiff

Ein Auswandererlied aus der Zeit nach 1848, das die Gründe klar benennt: Armut und Unterdrückung veranlassten 3 Millionen Menschen, Deutschland zu verlassen. Viele Bauern hatten sich durch das Freikaufen von den Frondiensten hoch verschuldet, in der Industrie waren Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden bei nur sehr kargem Lohn und Ansteigen der Lebensmittelpreise die Regel. Jeder freiheitlich gesinnte Mensch wurde wieder hart verfolgt. Dazu dienten schwarze Listen, Überwachung der Versammlungen des Bürgertums und das Verbot von Arbeitsvereinigungen.

Die Weber

Heine schrieb dieses Lied mit dem dreifachen Weberfluch auf Gott, König und Vaterland wenige Wochen nach dem Weberaufstand 1844 in Langenbielau und Peterswaldau. Es ist ein Protest gegen die Manufakturarbeit und später gegen die maschinelle Produktionsweise und den Frühkapitalismus.

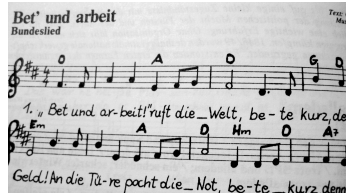
Bin doch ein Sklav, ein Knecht

Diese Situationsbeschreibung eines zwangsrekrutierten Soldaten wurde um 1780 in der Gegend von Groß-Neuendorf/Oder verbreitet. Das unter den Soldaten sehr beliebte Lied geht zurück auf ein Gedicht des demokratischen Schriftstellers und Publizisten C.F.D. Schubart (1739-1791). (Deshalb auch: „Was hilft mir mein Studieren...“) Er verfasste es während seiner 10-jährigen Kerkerhaft auf der Festung Hohenasperg (Württemberg), die er wegen „frentlicher Antastung fast aller gekrönten Häupter auf dem Erdball“ (so die Anklageschrift) erhielt. Schubart hatte u.a. heftig die Zwangsrekrutierung und den Soldatenhandel der deutschen Fürsten angeprangert.

Bet und Arbeit (Bundeslied)

Ab 1860 stieg die Industrieproduktion gewaltig, Fabriken schossen aus dem Boden, überall in Deutschland nahm die Anzahl der sehr reichen Leute sprunghaft zu, dies ist die sog. „Gründerzeit“. Die Masse der Lohnarbeiter, die mit ihrem Schweiß diese Blüte hervorbrachte, schuftete bis zu 16 Stunden am Tag

und musste trotzdem hungern. Der 1863 gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, die erste Parteibildung der deutschen Sozialdemokratie machte diesen Gegensatz zum Dreh- und Angelpunkte seiner Propaganda. Für ihn wurde das Bundeslied geschrieben, dessen Erstabbruck auf einem Flugblatt in Berlin sofort beschlagnahmt wurde.



Dem Morgenrot entgegen

Ein Lied aus den Anfängen der Arbeiterjugendbewegung. Es war lange die Hymne der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Brüder zur Sonne zur Freiheit

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit ist ein Arbeiterlied, das von Leonid Petrowitsch Radin in einem Moskauer Gefängnis zur Melodie eines russischen Volkslieds gedichtet wurde. Es wurde erstmals 1897 von politischen Gefangenen auf dem Marsch in ein anderes Gefängnis gesungen. In den Revolutionen 1905 und 1917 wurde es in Russland zur Hymne. Die deutsche Fassung wurde 1918 durch den Dirigenten Hermann Scherchen, den Leiter eines Arbeiterchores, übersetzt, der das Lied in russischer Kriegsgefangenschaft erstmals hörte. In Deutschland wurde es am 21. September 1920 in Berlin das erste Mal öffentlich gesungen.

Arbetlosemarsch

Ein Lied in jiddischer Sprache des polnischen Sozialdemokraten Moschedaj Gebirtig aus den 20er Jahren, in dem die Lebensverhältnisse von Arbeitslosen geschildert werden aber auch die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft

Sacco und Vanzetti

Das Lied handelt von zwei aus Italien stammenden amerikanischen Arbeiterführern, denen von interessierter Seite ein Mord angehängt wurde, den sie nicht begangen hatten. Es wurde schnell deutlich, dass hier ein Justizmord vollzogen werden sollte, woraufhin in vielen Ländern auf fast allen Kontinenten. zahlreiche Massendemonstrationen stattfanden, die in der Forde-

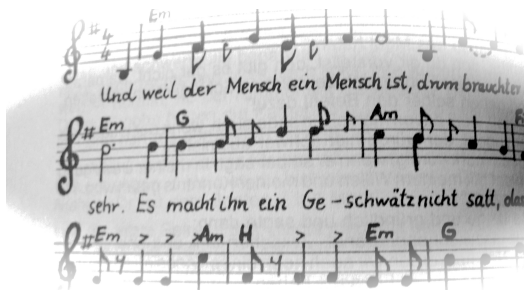
rung gipfelten: „Gebt Sacco und Vanzetti frei!“. Ungeachtet dessen wurden die beiden im August 1927 auf dem elektrischen Stuhl zu Tode gefoltert. 1977 wurden sie rehabilitiert.

Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt (Arbeiter von Wien)
Das Lied stammt aus der Zeit der Abwehrkämpfe der österreichischen Arbeiter gegen die braune Gefahr. Es wurde besonders von den Mitgliedern der Arbeiterjugendbewegung gerne gesungen.

Moorsoldaten

Dieses Lied entstand im Sommer 1933 im Konzentrationslager Börgermoor bei Papenburg im Emsland. Nach einem nächtlichen Überfall von 6 SS-Leuten auf ein Häftlingsbaracke beschloss die illegale Häftlingsleitung als Antwort eine Kulturveranstaltung durchzuführen, unter der Bezeichnung „Zirkus Konzentrazani“, um den SS-Leuten den Unterschied zwischen ihrer eigenen primitiven und der Lebensauffassung ihrer politischen Gegner vor Augen zu führen. Hier wurde das Lied von den 1000 Gefangenen das erste Mal gesungen.

Einheitsfrontlied (Und weil der Mensch ein Mensch ist)



Das Einheitsfrontlied („Und weil der Mensch ein Mensch ist ...“) ist ein bekanntes Arbeiterlied der deutschen Arbeiterbewegung.

Das Lied war eine Reaktion auf die anfangs

erfolglosen Bemühungen, nach der Machtübertragung an die NSDAP eine Einheitsfront aus Kommunisten und Sozialdemokraten aufzubauen. Das Einheitsfrontlied wurde Symbol der Arbeitersängerolympiade von 1935 in Strassburg, auf der wiederum versucht wurde, die Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aufzuheben.

Mein Vater wird gesucht

Dieses Lied entstand während des Dritten Reiches in Prag unter antifaschistischen Emigranten. Es fand weitere Verbreitung in mehreren europäischen Ländern

Die bange Nacht

Die „bange Nacht“ ist die Parodie eines um die Jahrhundertwende sehr bekannten Soldatenliedes, des „Reiterlieds“ (1841) von Georg Herwegh.

Spaniens Himmel breitet seine Sterne (Thälmann-Kolonne)

In den Jahren 1936 bis 1939 kämpften auf Seiten der Spanischen Republik auch deutsche Antifaschisten. Nachdem im Sommer 1936, vor 70 Jahren, das spanische Militär gegen die frei gewählte Volksfrontregierung geputscht hatte, kamen sie dem Volk auf der Iberischen Halbinsel aus Deutschland und den Ländern ihrer Emigration zu Hilfe.

Halt Stand, rotes Madrid

Ein Lied über den Spanischen Bürgerkrieg.

Bella Ciao

Dieses italienische Partisanenlied ist 1942 nach einem alten Volkslied entstanden. Es gehört zu den bekanntesten internationalen antifaschistischen Liedern. Ursprünglich handelte es von der harten Arbeit der Frauen auf den Reisfeldern der Poebene in Norditalien.

Die halleschen Ortsvereinsvorsitzenden der Jahre 1989 -2008

Diese kleine Übersicht mit 31 Vorsitzenden soll darauf hinweisen, wie schwer es wegen häufigen Wechsels gelegentlich sein kann, eine kontinuierliche Ortsvereinsarbeit zu organisieren. Bei ihrer Aufstellung stellte sich zudem heraus, dass es selbst in einem überschaubaren Stadtverband wie Halle mit einiger Mühe verbunden war, eine solche Liste nachträglich anzufertigen. Mit diesem Beispiel wollen wir alle jetzigen bzw. neuen Kreisverbände auffordern, das Gleiche in ihrem Verantwortungsbe-
reich zu tun, damit die Namen derer, die einmal für die SPD Kärnerarbeit vor Ort geleistet haben, in Erinnerung gehalten werden können.

Ortsverein	Vorsitzender	Antritt
<i>Süd</i>	Dr. Herwig Wandner	1989
	Dr. Manfred Pallas	1990
	Adolf Nohl	1994
	Bernward Rothe	1998
	Dr. Frieder Bernhard	2000
	Burkhard Feißel	2004
<i>Neustadt</i>	Ingrid Häußler	1989
	Norwin Dorn	1990
	Prof. Dr. Armin Fuchs	1994
	Klaus Hüsing	1997
	Gabi Meyer	2004
	Klaus-Dieter Weißenborn	2006
<i>Mitte</i>	Uli Hamers	1989
	Rolf Krohn	1990
	Gerhard Zander	1992
	Michael Groß	1993
	Dr. Andreas Schmidt	2005
	<i>Nordwest</i>	Peter Kummer
Bernd Voigtländer		1991
Walter Demski		2005

Fortsetzung von Seite 75

<i>Nord</i>	Helmar Liebscher	1990
	Gertrud Ewert	1996
	Alexander Nissle	2004
	Mario Kremling	2006
<i>Ost</i>	Roman Dütsch	1998
	Carsten Gaudian	1999
	Ute Fuchs	2001
	Reinhard Artus	2003
	Andreas Strauch	2004
	Babette Nossol	2005
	Katharina Brederlow	2006

Landesdelegiertenkonferenzen der JUSOS Sachsen-Anhalt

Datum	Ort	Motto	LV-Vorsitz
10.02.1990	Halle/S.	Mitgliederver- sammlung	Inga Hermann
24.11.1990	Stendal		Thilo Kreideweiß (bis 1992)
29.02.1992 01.03.1992	Magdeburg		Axel Oppold
31.10.1992	Magdeburg	außerordentl. LDK	Benjamin Ehlers
09.10.1993 10.10.1993	Dessau	Perspektive statt No Future	Roman Dütsch (gew. bis 1995)
05.11.1994 06.11.1994	Magdeburg	Perspektiven für eine rot-grüne Zukunft	Roman Dütsch
25.11.1995 26.11.1995	Naumburg	Die Zukunft hat bereits begonnen - Perspektive jetzt!	Yves Metzling
09.11.1996 10.11.1996	Halle/S.	Profil für Rot-Grün	Pierre Hellmuth (gew. bis 1998)
11.10.1997 12.10.1997	Magdeburg	Wahljahr `98 - wir sind bereit!	Pierre Hellmuth
31.10.1998 01.11.1998	Dessau	Frischer Wind für die Kommunen - Wir starten durch!	Steffen Schüller (gew. bis 2000)
26.11.1999 27.11.1999	Gardelegen	Mit der Kraft der Jugend die Zu- kunft gestalten	Steffen Schüller

Datum	Ort	Motto	LV-Vorsitz
21.10.2000 22.10.2000	Thale	Unser Jahrhundert - Bildung ist Zu- kunft	Marco Steckel (gew. bis 2002)
10.11.2001 11.11.2001	Wittenberg	Vorwärts und nicht vergessen! Ju- gend x Bildung = Zukunft	Marco Steckel
19.10.2002 20.10.2002	Wernigerode	Sozial.Gerecht. Innovativ.	Tobias Münch (gew. bis 2004)
18.10.2003 19.10.2003	Naumburg	Wählen 2004 - damit sich etwas bewegt!	Tobias Münch
09.10.2004 10.10.2004	Magdeburg	Wandel erkennen, Zukunft sichern!	Tobias Münch (gew. bis 2006)
05.11.2005 06.11.2005	Thale	... und sie bewegt sich doch!	Tobias Münch
21.10.2006 22.10.2006	Halle/S.	Wer, wenn nicht wir, wann wenn nicht jetzt!	Tobias Münch (gew. bis 2008)
20.10.2007 21.10.2007	Wittenberg	Wenn Luther JU- SO wäre - unsere Thesen für die Zukunft	Tobias Münch

Aufruf:

Zeitzeugenberichte, Dokumente (im Original, als Kopie oder als Datei) oder Zeitungsartikel aus alten Tagen sind uns herzlich willkommen. Wir wollen auch in Zukunft einen Beitrag dazu leisten, dass die lange Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt lebendig bleibt und nicht vergessen wird.

Bitte sendet eure Dokumente an:

SPD Landesverband Sachsen-Anhalt
Historische Kommission
Bürgerstr. 1
39104 Magdeburg

mail@spd-sachsen-anhalt.de

